Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/29448 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020 und das erste Quartal 2021 – Schwerpunktfragen zu Dublin-Verfahren

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Anteil von Verfahren zur Klärung der asylrechtlichen Zuständigkeit nach der Dublin-Verordnung (Dublin-VO) der Europäischen Union (EU) an allen Asylverfahren des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lag im Jahr 2019 bei 34,3 Prozent (2018: 33,9 Prozent, vgl. hierzu und soweit nicht anders angegeben auch im Folgenden: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/17100). Übernahmeersuchen wurden im Jahr 2019 insbesondere an Italien gerichtet (29 Prozent), danach folgten Griechenland (20,2 Prozent), Frankreich (10,3 Prozent) und Spanien (5,8 Prozent). Nach jahrelanger Aussetzung werden auch wieder Asylsuchende nach Griechenland überstellt, im Jahr 2019 waren es 20 Menschen (2018: 6). Nach Ungarn gibt es seit Mai 2017 keine Überstellungen mehr, nachdem die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen EU-Asylrecht eingeleitet hatte. Zwar gibt es noch vereinzelte Übernahmeersuchen Deutschlands, Ungarn verweigert jedoch individuelle Zusagen, Rücküberstellte nach Maßgabe des EU-Asylrechts zu behandeln.

Den insgesamt 48 847 Dublin-Ersuchen im Jahr 2019 standen 8 423 Überstellungen gegenüber, vor allem nach Italien (30,6 Prozent). Gemessen an den Zustimmungsmöglichkeiten der anderen EU-Staaten zur Rückübernahme (29 794) lag die sogenannte Überstellungsquote bei 28,3 Prozent (2018: 24,4 Prozent, 2017: 15,1 Prozent, 2016: 13,6 Prozent). Die Überstellungsquote wurde infolge einer Prioritätensetzung im BAMF deutlich angehoben, es gibt Kritik, dass es bei Sammelabschiebungen zur Durchsetzung von Überstellungen zu einem unverhältnismäßigen Vorgehen, Familientrennungen und Polizeigewalt kommt (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/4960). Vielfach verhindern Gerichte geplante Überstellungen wegen erheblicher Mängel in den Asyl- oder Aufnahmesystemen anderer Mitgliedstaaten oder aufgrund individueller Umstände. So waren 2019 gut 49 Prozent aller Rechtsschutzanträge gegen Überstellungen nach Griechenland erfolgreich, in Bezug auf Bulgarien lag diese Quote bei 40 Prozent, in Bezug auf Italien bei gut 26 Prozent. Nicht wenige Schutzsuchende tauchen in ihrer Not eher unter, als sich gegen ihren Willen in ein Land überstellen zu

lassen, in dem sie ein unfaires Asylverfahren, unwürdige Lebensbedingungen, rassistische Übergriffe, Obdachlosigkeit oder eine Inhaftierung fürchten.

Innerhalb des BAMF wird für Dublin-Verfahren Personal viel gebunden: Ende 2019 waren 345 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der „Dublin-Gruppe“ des BAMF mit dieser Aufgabe befasst. Während die immer komplexeren Dublin-Verfahren das BAMF und die Gerichte zunehmend beschäftigen, bleibt die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland infolge des Dublin-Systems in etwa gleich: 8 423 Überstellungen aus Deutschland standen im Jahr 2019 6 087 Überstellungen nach Deutschland gegenüber. Das ist ein Saldo von 2 336 Personen – dafür wurden fast 49 000 aufwändige Verfahren zur Klärung der Zuständigkeit geführt. Für die betroffenen Schutzsuchenden sind die zwangsweisen Überstellungen und die damit verbundene Unsicherheit mit großen Belastungen verbunden.

Das BAMF hat seine Prüfpraxis im Umgang mit sogenannten Kirchenasylfällen deutlich verschärft: Im Jahr 2019 machte das Bundesamt in gerade einmal 14 von 635 dokumentierten Kirchenasylfällen mit Dublin-Bezug von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch – bei 442 Entscheidungen ergibt das eine Quote von 3,2 Prozent. Im Jahr 2018 erging noch in 11,9 Prozent eine positive Entscheidung, und schon das war ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren. In den Jahren 2015/16 habe die Erfolgsquote bei Kirchenasylen noch bei 80 Prozent gelegen, erklärte „Asyl in der Kirche“, ab Mai 2016 sei die Quote nach einem Zuständigkeitswechsel im BAMF dann auf 20 Prozent gesunken (<https://www.kirchenasyl.de/portfolio/pm-offener-brief-zum-kirchenasyl-an-die-innenminister-der-laender/>). Die Behauptung von BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer, das BAMF erkenne inzwischen „die Härtefälle selbst“, deshalb würden nur noch wenige Kirchenasyle zum Erfolg führen (<http://www.migazin.de/2019/06/26/andere-welten-bamf-chef-sommer/>), steht nach Auffassung der Fragestellenden im deutlichen Widerspruch zur Entwicklung der Zahl der Fälle, in denen das BAMF im Dublin-Verfahren entscheidet, sich für zuständig zu erklären (Selbsteintritt). Im ersten Halbjahr 2020 gab es nur noch 598 Selbsteintritte des BAMF (Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 19/22405), 2019 waren es 3 070 und 2018 sogar noch 7 809.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erklärte im Oktober 2015 im Europäischen Parlament: „Das Dublin-Verfahren ist obsolet“ (<https://www.dw.com/de/dublin-verordnung-halb-tot-halb-lebendig/a-19532442>), sie würde die „Zeit zurückspulen“, wenn sie könnte (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article158248079/Wenn-ich-koennte-wuerde-ich-die-Zeit-zurueckspulen.html>), denn das Dublin-System habe „Länder wie Italien und Griechenland überfordert“ (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article168025621/Urlaub-im-Heimatland-Merkel-droht-Asylbewerbern-mit-Konsequenzen.html>). Ungeachtet dessen unternimmt Deutschland weiterhin große Anstrengungen, um Geflüchtete über das Dublin-System in Erstaufnahmeländer wie Italien und Griechenland zurückzuschicken: Im ersten Halbjahr 2020 erfolgten die meisten Ersuchen an Griechenland, die meisten Überstellungen Deutschlands gingen nach Italien (Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 2 und 4 auf Bundestagsdrucksache 19/22405).

Wegen der Corona-Pandemie wurden Dublin-Überstellungen in der EU zeitweilig ausgesetzt. Umstritten war dabei die Rechtsauffassung des BAMF, für diese Zeit könnten Dublin-Fristen ausgesetzt werden, die normalerweise dafür sorgen, dass die Zuständigkeit zur Asylprüfung nach einer bestimmten Dauer auf den Staat des Aufenthalts übergeht, um Schutzsuchende nicht übermäßig lange in Ungewissheit über ihren Status und das für sie zuständige Land zu belassen (vgl.: <https://www.proasyl.de/hintergrund/praxishinweise-zur-aktuellen-aussetzung-von-dublin-ueberstellungen-und-ueberstellungsfristen/>). Dies widerspricht der Rechtsauffassung der EU-Kommission (ebd.) und Entscheidungen von Oberverwaltungsgerichten (ebd., und: <https://www.asyl.net/rsdb/m28812/>; <https://www.asyl.net/rsdb/m29028/>).

1. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung wurden im Gesamtjahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylersuchen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern (EURODAC: europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken) basierenden Dublin-Verfahren angeben; bitte auch nach den unterschiedlichen EURODAC-Treffern differenzieren), wie viele EURODAC-Treffer welcher Kategorie gab es in diesen Zeiträumen?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Asyl- erstanträge	Übernahme- ersuchen (ÜE) an die Mit- gliedstaaten gesamt	Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asyl- erstanträgen	Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC- Treffer
Jahr 2020	102.581	30.135	29,4	71,8
1. Quartal 2021	27.995	8.901	31,8	76,1

Übernahmeersuchen mit EURODAC-Treffern		
	Jahr 2020	1. Quartal 2021
EURODAC-Treffer gesamt	21.644	6.776
davon EURODAC-Treffer		
nach Artikel 9 EURODAC- Verordnung	15.412	4.825
nach Artikel 14 EURODAC- Verordnung	3.229	924
nach Artikel 17 EURODAC- Verordnung	3.003	1.027

Liegen für eine Person mehrere unterschiedliche EURODAC-Treffer vor, werden vorrangig die gemäß Artikel 9 der EURODAC-Verordnung vorhandenen Treffer ausgewiesen.

EURODAC-Treffer bei Asylersuchen	nach Artikel 9 EURODAC- Verordnung	nach Artikel 14 EURODAC- Verordnung
Jahr 2020	18.636	3.574
1. Quartal 2021	6.195	950

2. Welches waren im Gesamtjahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 die 15 am stärksten betroffenen Herkunftsländer und welche die 15 am stärksten angefragten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben sowie in jedem Fall die Zahlen zu Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2020 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
gesamt	30.135	100,0
Griechenland	6.737	22,4
Italien	5.318	17,6
Frankreich	3.341	11,1
Schweden	2.549	8,5

Jahr 2020 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
gesamt	30.135	100,0
Spanien	1.836	6,1
Niederlande	1.459	4,8
Österreich	1.335	4,4
Polen	1.182	3,9
Rumänien	1.080	3,6
Kroatien	807	2,7
Schweiz	753	2,5
Belgien	684	2,3
Bulgarien	497	1,6
Dänemark	435	1,4
Slowenien	294	1,0
Ungarn	293	1,0
Malta	109	0,4
Zypern	42	0,1

Jahr 2020 nach Herkunftsland	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
gesamt	30.135	100,0
Afghanistan	4.791	15,9
Syrien, Arabische Republik	4.074	13,5
Irak	3.167	10,5
Türkei	1.483	4,9
Nigeria	1.366	4,5
Russische Föderation	1.331	4,4
Algerien	1.237	4,1
Iran, Islamische Republik	1.093	3,6
Ungeklärt	759	2,5
Somalia	757	2,5
Marokko	711	2,4
Guinea	649	2,2
Pakistan	628	2,1
Georgien	623	2,1
Moldau, Republik	612	2,0

1. Quartal 2021 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
gesamt	8.901	100,0
Griechenland	2.118	23,8
Italien	1.457	16,4
Frankreich	900	10,1
Rumänien	830	9,3
Schweden	566	6,4
Spanien	423	4,8
Österreich	411	4,6
Niederlande	354	4,0
Kroatien	353	4,0
Bulgarien	340	3,8
Schweiz	223	2,5
Polen	214	2,4
Belgien	142	1,6
Dänemark	118	1,3
Slowenien	117	1,3
Ungarn	81	0,9

1. Quartal 2021 Ersuchen an Mitgliedstaaten	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
gesamt	8.901	100,0
Malta	40	0,4
Zypern	13	0,1

1. Quartal 2021 nach Herkunftsland	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
gesamt	8.901	100,0
Afghanistan	2.250	25,3
Syrien, Arabische Republik	1.566	17,6
Irak	822	9,2
Algerien	546	6,1
Nigeria	343	3,9
Iran, Islamische Republik	254	2,9
Marokko	235	2,6
Ungeklärt	199	2,2
Türkei	198	2,2
Pakistan	180	2,0
Russische Föderation	169	1,9
Somalia	164	1,8
Tunesien	154	1,7
Libyen	143	1,6
Moldau, Republik	140	1,6

3. Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutschland, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen (bitte bei der Zahl der Selbsteintritte auch nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den jeweils fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Entscheidungen über Dublin-Verfahren werden im Statistiksystem des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den in den folgenden Tabellen aufgeführten Kategorien erfasst:

	Jahr 2020	1. Quartal
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	14.012	4.035
Art. 3 II Dublin III	52	18
Art. 8 I Dublin III	24	12
Art. 8 II Dublin III	2	3
Art. 8 III Dublin III	1	0
Art. 8 IV Dublin III	160	144
Art. 9 Dublin III	41	10
Art. 10 Dublin III	12	6
Art. 11 a) Dublin III	35	1
Art. 11 b) Dublin III	14	0
Art. 12 I Dublin III	16	5
Art. 12 II Dublin III	45	5
Art. 12 III Dublin III	2	1
Art. 12 IV Dublin III	346	19
Art. 13 I Dublin III	1.101	225
Art. 13 II Dublin III	97	36
Art. 14 I Dublin III	6	0
Art. 14 II Dublin III	7	4

	Jahr 2020	1. Quartal
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	14.012	4.035
Art. 16 I Dublin III	2	0
Art. 17 I Dublin III	16	2
Art. 17 II Dublin III	76	20
Art. 18 I a Dublin III	5	1
Art. 18 I b Dublin III	2.088	505
Art. 18 I c Dublin III	9	1
Art. 18 I d Dublin III	50	16
Art. 18 II Dublin III	0	1
Art. 19 I Dublin III	10	5
Art. 19 II Dublin III	818	278
Art. 19 III Dublin III	460	121
Art. 20 III Dublin III	1	5
Art. 22 VII Dublin III	1	0
Ablehnende Zwischenantwort, da ÜE an 3. MS noch nicht beantwortet	20	14
EURODAC-Treffer unvollständig	330	22
Kein Dublinfall (i. d. R., weil int. Schutz in MS)	3.325	1.291
Keine Antwort auf Remonstration innerhalb der Frist	2.776	514
Minderjährigkeit zw. MS strittig	85	69
Verweis auf Zuständigkeit eines anderen MS	1.979	681
Zustimmungen des Mitgliedstaats gesamt	15.759	4.489
Art. 3 II Dublin III	4	4
Art. 8 I Dublin III	6	0
Art. 8 IV Dublin III	2	2
Art. 9 Dublin III	13	8
Art. 10 Dublin III	3	1
Art. 11 a) Dublin III	5	1
Art. 11 b) Dublin III	4	0
Art. 12 I Dublin III	125	24
Art. 12 II Dublin III	830	105
Art. 12 III Dublin III	8	0
Art. 12 IV Dublin III	1.132	49
Art. 13 I Dublin III	546	333
Art. 13 II Dublin III	21	6
Art. 16 I Dublin III	3	0
Art. 17 II Dublin III	11	3
Art. 18 I a Dublin III	121	21
Art. 18 I b Dublin III	3.248	968
Art. 18 I c Dublin III	1.235	468
Art. 18 I d Dublin III	5.508	1.402
Art. 18 II Dublin III	2	0
Art. 19 I Dublin III	5	2
Art. 19 II Dublin III	3	0
Art. 19 III Dublin III	3	0
Art. 20 III Dublin III	8	2
Art. 20 III S. 2 Dublin III	10	0
Art. 20 V Dublin III	145	29
Art. 22 VII Dublin III	1.081	652

	Jahr 2020	1. Quartal
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	14.012	4.035
Art. 25 II Dublin III	1.661	405
Art. 28 III Dublin III	16	4

Jahr 2020		
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Belgien	14	<i>darunter:</i>
		Afghanistan
		Irak
		Eritrea
		Kenia
		Kongo, Demokratische Republik
Bulgarien	9	Irak
		Afghanistan
		Ungeklärt
Dänemark	6	Iran, Islamische Republik
		Marokko
		Nigeria
		Syrien, Arabische Republik
Finnland	2	Irak
		Russische Föderation
Frankreich	48	<i>darunter:</i>
		Iran, Islamische Republik
		Türkei
		Nigeria
		Simbabwe
		Russische Föderation
Griechenland	398	<i>darunter:</i>
		Türkei
		Afghanistan
		Syrien, Arabische Republik
		Irak
		Iran, Islamische Republik
Italien	232	<i>darunter:</i>
		Nigeria
		Eritrea
		Somalia
		Syrien, Arabische Republik
		Iran, Islamische Republik
Kroatien	15	Iran, Islamische Republik
		Syrien, Arabische Republik
		Afghanistan
		Tunesien
		Türkei
Lettland	9	Aserbajdschan
		Russische Föderation
		Irak
Litauen	14	Russische Föderation
		Tadschikistan
		Irak
		Kamerun
Malta	14	<i>darunter:</i>

Jahr 2020			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
		Nigeria	5
		Guinea	3
		Eritrea	2
		Algerien	1
		Äthiopien	1
Niederlande	30	<i>darunter:</i>	
		Nigeria	6
		Syrien, Arabische Republik	4
		Irak	3
		Afghanistan	2
		Georgien	2
Norwegen	4	Afghanistan	3
		Libanon	1
Österreich	21	<i>darunter:</i>	
		Iran, Islamische Republik	6
		Syrien, Arabische Republik	4
		Afghanistan	3
		Georgien	3
		Indien	3
Polen	32	<i>darunter:</i>	
		Russische Föderation	18
		Pakistan	4
		Türkei	4
		Irak	2
		Aserbajdschan	1
Portugal	6	Angola	2
		Nigeria	2
		Armenien	1
		Syrien, Arabische Republik	1
Rumänien	24	Irak	14
		Syrien, Arabische Republik	7
		Afghanistan	1
		Ägypten	1
		Ungeklärt	1
Schweden	22	Afghanistan	11
		Irak	8
		Ghana	1
		Somalia	1
		Tunesien	1
Schweiz	4	Eritrea	2
		Somalia	2
Slowakei	3	Vietnam	2
		Afghanistan	1
Slowenien	11	Afghanistan	6
		Syrien, Arabische Republik	4
		Türkei	1
Spanien	28	<i>darunter:</i>	
		Irak	5
		Algerien	4
		Guinea	4
		Syrien, Arabische Republik	3
		Vietnam	3

Jahr 2020			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Tschechien	15	Türkei	6
		Russische Föderation	5
		Iran, Islamische Republik	2
		Äthiopien	1
		Kasachstan	1
Ungarn	114	<i>darunter:</i>	
		Aserbaidschan	60
		Afghanistan	15
		Irak	9
		Iran, Islamische Republik	9
		Türkei	5
Vereinigtes Königreich	4	Afghanistan	1
		Nigeria	1
		Sudan	1
		Türkei	1
Zypern	4	Syrien, Arabische Republik	3
		Armenien	1
Gesamt	1.083		

1. Quartal 2021			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Belgien	2	Irak	1
		Vietnam	1
Bulgarien	3	Irak	1
		Iran, Islamische Republik	1
		Syrien, Arabische Republik	1
Dänemark	3	Iran, Islamische Republik	1
		Syrien, Arabische Republik	1
		Ungeklärt	1
Finnland	1	Irak	1
Frankreich	13	<i>darunter:</i>	
		Türkei	3
		Guinea	2
		Moldau, Republik	2
		Afghanistan	1
		Côte d'Ivoire	1
Griechenland	52	Afghanistan	27
		Syrien, Arabische Republik	14
		Türkei	9
		Eritrea	1
		Somalia	1
Italien	49	<i>darunter:</i>	
		Nigeria	17
		Pakistan	7
		Eritrea	5
		Algerien	2
		Ghana	2
Kroatien	6	Afghanistan	4
		Irak	1
		Pakistan	1
Litauen	1	Vietnam	1

1. Quartal 2021			
Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen			
Malta	1	Nigeria	1
Niederlande	9	<i>darunter:</i>	
		Syrien, Arabische Republik	2
		Afghanistan	1
		Gambia	1
		Ghana	1
		Irak	1
Österreich	4	Gambia	1
		Iran, Islamische Republik	1
		Nigeria	1
		Ungeklärt	1
Polen	8	<i>darunter:</i>	
		Vietnam	3
		Aserbajdschan	1
		Russische Föderation	1
		Türkei	1
		Ungeklärt	1
Portugal	4	Angola	2
		Gambia	1
		Ruanda	1
Rumänien	10	Afghanistan	3
		Irak	3
		Syrien, Arabische Republik	3
		Türkei	1
Schweden	15	Afghanistan	9
		Somalia	3
		Irak	2
		Syrien, Arabische Republik	1
Schweiz	5	Eritrea	4
		Algerien	1
Slowenien	5	Syrien, Arabische Republik	4
		Marokko	1
Spanien	5	Algerien	1
		Kamerun	1
		Syrien, Arabische Republik	1
		Tunesien	1
		Usbekistan	1
Tschechien	1	Türkei	1
Gesamt	197		

4. Wie viele Überstellungen nach der Dublin-Verordnung wurden in den benannten Zeiträumen vollzogen (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben und auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in jedem Fall auch Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren), wie viele dieser Personen wurden unter Einschaltung des Bundesamtes, aber ohne Durchführung eines Asylverfahrens überstellt?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2020 an Mitgliedstaaten	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
Gesamt	2.953	100,0
<i>darunter:</i>		
Frankreich	724	24,5
Italien	509	17,2
Niederlande	319	10,8
Österreich	213	7,2
Schweden	203	6,9
Belgien	169	5,7
Polen	142	4,8
Schweiz	131	4,4
Spanien	119	4,0
Tschechien	58	2,0
Portugal	58	2,0
Dänemark	54	1,8
Finnland	52	1,8
Kroatien	28	0,9
Rumänien	28	0,9
Malta	12	0,4
Bulgarien	10	0,3
Griechenland	4	0,1
Zypern	3	0,1
Ungarn	0	0,0

Jahr 2020 Herkunftsländer	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	2.953	100,0
<i>darunter:</i>		
Irak	283	9,6
Nigeria	247	8,4
Russische Föderation	227	7,7
Afghanistan	212	7,2
Iran, Islamische Republik	144	4,9
Guinea	120	4,1
Somalia	116	3,9
Syrien, Arabische Republik	112	3,8
Algerien	107	3,6
Libanon	82	2,8
Pakistan	81	2,7
Türkei	79	2,7
Marokko	73	2,5
Georgien	64	2,2
Aserbaidschan	61	2,1

1. Quartal 2021 an Mitgliedstaaten	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	544	100,0
<i>darunter:</i>		
Frankreich	100	18,4
Niederlande	74	13,6
Schweden	68	12,5
Österreich	65	11,9
Schweiz	36	6,6
Italien	34	6,3
Polen	34	6,3
Rumänien	34	6,3
Spanien	26	4,8
Belgien	25	4,6
Dänemark	11	2,0
Litauen	10	1,8
Portugal	8	1,5
Finnland	7	1,3
Luxemburg	6	1,1
Ungarn	1	0,2
Bulgarien	0	0,0
Zypern	0	0,0
Griechenland	0	0,0
Malta	0	0,0

1. Quartal 2021 Herkunftsländer	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
gesamt	544	100,0
<i>darunter:</i>		
Irak	73	13,4
Afghanistan	70	12,9
Syrien, Arabische Republik	55	10,1
Algerien	38	7,0
Russische Föderation	38	7,0
Georgien	27	5,0
Marokko	23	4,2
Nigeria	23	4,2
Nordmazedonien	20	3,7
Guinea	17	3,1
Iran, Islamische Republik	17	3,1
Serbien	10	1,8
Somalia	9	1,7
Ungeklärt	8	1,5
Tadschikistan	7	1,3

Zeitraum	Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens
Jahr 2020	298
1. Quartal 2021	88

5. Wie viele Personen halten sich nach Angaben des Ausländerzentralregisters derzeit in Deutschland auf, für die nach Auffassung des BAMF ein anderer Mitgliedstaat für die Asylprüfung zuständig ist, wie viele dieser Personen sind ausreisepflichtig bzw. verfügen über welchen Aufenthaltsstatus (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, Mitgliedstaaten, Bundesländern und Aufenthaltsstatus differenzieren)?

Wie ist es zu erklären, dass zum Stichtag 30. Juni 2020 mehr als die Hälfte dieser Personen über eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland verfügte (vgl. die Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/22405), und ist in diesen Fällen dann doch von der Zuständigkeit Deutschlands auszugehen, und wenn ja, wieso wird das nicht im Ausländerzentralregister (AZR) vermerkt?

Im Ausländerzentralregister (AZR) wird durch das BAMF zum Zeitpunkt der Bescheidzustellung die Angabe „über Überstellung an <Staat> entschieden am <Datum>“ mit Datum der Zustimmung eingetragen. Für die in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/22405 genannten 28.292 Personen ist somit das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren abgeschlossen und ein anderer Mitgliedstaat als die Bundesrepublik Deutschland für die Prüfung des von diesen Personen gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig. Im AZR wird mit Bestandskraft des Bescheides der Status „Aufenthaltsgestattung erloschen am (Datum der Bestandskraft)“ gespeichert. Die unterschiedlichen Eintragungszeitpunkte, insbesondere im Hinblick auf regelmäßig anhängige Gerichtsverfahren und den damit einhergehenden zeitlichen Versatz zwischen Zustimmung eines Mitgliedstaates und der Bestandskraft des diesbezüglichen Bescheides, führen zu der in der Fragestellung genannten Konstellation.

Zum Stichtag 30. April 2021 hielten sich 24.025 Personen in Deutschland auf, bei denen entschieden wurde, dass ein anderer Mitgliedstaat gemäß der Dublin III-VO für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Von diesen waren zum genannten Stichtag 8.646 Personen ausreisepflichtig. Angaben zur Unanfechtbarkeit werden im AZR nicht erfasst. Die übrigen Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen
Gesamt	24.025
darunter:	
Nigeria	3.805
Afghanistan	2.735
Irak	2.668
Iran, Islamische Republik	1.786
Russische Föderation	1.456
Syrien, Arabische Republik	1.298
Gambia	748
Somalia	748
Guinea	705
Türkei	554

Mitgliedstaat	Anzahl Personen
Gesamt	24.025
davon:	
Belgien	413
Bulgarien	617
Dänemark	393
Estland	52
Finnland	244

Mitgliedstaat	Anzahl Personen
Gesamt	24.025
Frankreich	1.976
Griechenland	312
Vereinigtes Königreich	16
Island	4
Italien	9.775
Kroatien	840
Lettland	138
Litauen	307
Luxemburg	18
Malta	113
Niederlande	665
Norwegen	267
Österreich	668
Polen	1.500
Portugal	318
Rumänien	971
Schweden	1.755
Schweiz	352
Slowakei	86
Slowenien	179
Spanien	1.313
Tschechien	228
Ungarn	484
Zypern	21

Bundesland	Anzahl Personen
Gesamt	24.025
davon:	
Baden-Württemberg	4.175
Bayern	4.362
Berlin	995
Brandenburg	857
Bremen	190
Hamburg	615
Hessen	1.584
Mecklenburg-Vorpommern	511
Niedersachsen	2.356
Nordrhein-Westfalen	5.049
Rheinland-Pfalz	945
Saarland	148
Sachsen	576
Sachsen-Anhalt	298
Schleswig-Holstein	853
Thüringen	511

Aufenthaltsstatus	Anzahl Personen
Gesamt	24.025
davon:	
Niederlassungserlaubnis	71
Aufenthaltsurlaubnis	1286
Aufenthalts gestattet	12.667

Aufenthaltsstatus	Anzahl Personen
Gesamt	24.025
Duldung	5.675
sonstiges (z. B. kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt)	4.326

6. Wie viele Personen halten sich nach Angaben des Ausländerzentralregisters derzeit in Deutschland auf, die bereits einmal in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden (bitte zunächst die Angaben machen über die Personen, die bereits einmal in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden, sich derzeit wieder in Deutschland aufhalten und keinen Schutzstatus erhalten haben, diese Angaben fehlten nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller in der Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/22405), und wie viele Personen, für die eine Zuständigkeit zur Asylprüfung zunächst verneint wurde, erhielten zu einem späteren Zeitpunkt dann doch einen Zugang zum Asylverfahren in Deutschland, einen Schutz-, Abschiebungsschutz oder Aufenthaltsstatus in Deutschland (bitte differenzieren nach überstellten Personen bzw. solchen, die überstellt werden sollten; bitte zu allen Teilfragen nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, Mitgliedstaaten und Schutz- bzw. Aufenthaltsstatus differenzieren)?

Wie kann es sein, dass eine Person gleichzeitig sowohl in der Gruppe von Personen, die in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden, als auch in der Gruppe von Personen, die nicht überstellt wurden, enthalten sein kann (Nachfrage zur Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/22405), und wieso wurden in der Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/22405 bei den gewährten Schutzstatus keine nationalen Abschiebungsschutzgewährungen benannt (bitte ausführen)?

Zur Berechnung der Personengruppe über deren Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat entschieden wurde bzw. deren Überstellung tatsächlich stattfand, wird die gesamte Historie des Asylstatus betrachtet. Dadurch kann eine Person beide Sachverhalte in ihrer Historie aufweisen: Zunächst wird über die Überstellung an einen anderen Mitgliedstaat entschieden. Die Durchführung der Überstellung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Allerdings führt nicht jede Dublin-Entscheidung des BAMF auch zu einer erfolgreichen Überstellung. Überstellungen scheitern aus verschiedenen Gründen und scheiden nach dem gesetzlich vorgesehenen Fristablauf oder nach erfolgreichen Klageverfahren der betroffenen Person aus.

Abschiebungsverbote können hier aus technischen Gründen nicht automatisiert aus den Daten des AZR ermittelt werden.

Zum Stichtag 30. April 2021 waren 10.468 in Deutschland aufhältige Personen im AZR registriert, die bereits an einen Zielstaat überstellt wurden und aktuell keinen Schutzstatus haben. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Anzahl aufhältige Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden und aktuell keinen Schutzstatus haben
Gesamt	10.468
darunter:	
Russische Föderation	1.689
Irak	781
Nigeria	640
Afghanistan	597

Staatsangehörigkeit	Anzahl aufhältige Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden und aktuell keinen Schutzstatus haben
Gesamt	10.468
Somalia	492
Syrien, Arabische Republik	414
Kosovo	398
Iran, Islamische Republik	389
Guinea	371
Serbien	363

Mitgliedstaat	Anzahl aufhältige Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden und aktuell keinen Schutzstatus haben
Gesamt	10.468
davon:	
Belgien	728
Bulgarien	63
Dänemark	177
Estland	3
Finnland	76
Frankreich	1.086
Griechenland	119
Vereinigtes Königreich	25
Irland	4
Italien	2.961
Kroatien	69
Lettland	30
Liechtenstein	1
Litauen	84
Luxemburg	33
Malta	25
Niederlande	385
Norwegen	144
Österreich	562
Polen	1.534
Portugal	90
Rumänien	96
Schweden	664
Schweiz	310
Slowakei	54
Slowenien	81
Spanien	596
Tschechien	164
Ungarn	298
Zypern	6

Aufenthaltsstatus	Anzahl aufhältige Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden und aktuell keinen Schutzstatus haben
Gesamt	10.468
davon:	
Niederlassungserlaubnis	488
Aufenthaltserlaubnis	1.939
Aufenthaltsgestattung	2.034
Duldung	3.843
sonstiges (z. B. kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt)	2.164

Zum Stichtag 30. April 2021 hielten sich 1.043 Personen in Deutschland auf, die zunächst in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden und die zu einem späteren Zeitpunkt einen Schutzstatus in Deutschland erhielten, sowie 1.047 Personen über deren Überstellung vor der Erteilung eines Schutzstatus entschieden wurde.

Die Angaben zum Schutzstatus beziehen sich auf Personen, die im AZR mit einem Status „als Asylberechtigte anerkannt“, „Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 1 Asylgesetzes (AsylG)“ oder „subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG“ gespeichert sind. Es ist zudem zu beachten, dass eine Person in beiden betrachteten Gruppen enthalten sein kann. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen, die an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.043
darunter:	
Irak	237
Syrien, Arabische Republik	236
Eritrea	147
Iran, Islamische Republik	85
Russische Föderation	72
Somalia	64
Afghanistan	63
Libyen (Libysch-Arabische Dschama- hirija)	19
Pakistan	16
Ungeklärt	13

Mitgliedstaat	Anzahl Personen, die an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.043
davon:	
Belgien	16
Bulgarien	16
Dänemark	17
Finnland	4
Frankreich	61
Griechenland	75

Mitgliedstaat	Anzahl Personen, die an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.043
davon:	
Vereinigtes Königreich	6
Irland	1
Italien	394
Kroatien	7
Litauen	2
Malta	3
Niederlande	17
Norwegen	18
Österreich	46
Polen	78
Portugal	14
Rumänien	9
Schweden	82
Schweiz	24
Slowakei	7
Slowenien	2
Spanien	73
Tschechien	14
Ungarn	57

Schutzstatus	Anzahl Personen, die an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.043
davon:	
Als Asylberechtigter anerkannt	12
Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Abs. 1 AsylG	697
subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG gewährt	334

Aufenthaltsstatus	Anzahl Personen, die an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.043
davon:	
Niederlassungserlaubnis	102
Aufenthaltsurlaubnis	761
Aufenthalts gestattet	12
Duldung	15
sonstiges (z. B. kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt)	153

Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen, bei denen über die Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat entschieden wurde mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.047
darunter:	
Syrien, Arabische Republik	276
Eritrea	182
Irak	147
Iran, Islamische Republik	85
Afghanistan	73
Russische Föderation	62
Somalia	45
Jemen	23
Pakistan	20
Guinea	17

Mitgliedstaat	Anzahl Personen, bei denen über die Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat entschieden wurde mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.047
davon:	
Belgien	19
Bulgarien	62
Dänemark	19
Finnland	4
Frankreich	68
Griechenland	3
Italien	370
Kroatien	18
Litauen	4
Malta	1
Niederlande	10
Norwegen	10
Österreich	44
Polen	60
Portugal	28
Rumänien	3
Schweden	21
Schweiz	26
Slowakei	3
Slowenien	5
Spanien	120
Tschechien	15
Ungarn	134

Schutzstatus	Anzahl Personen, bei denen über die Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat entschieden wurde mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.047
davon:	
Als Asylberechtigter anerkannt	7
subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG gewährt	438
Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Abs. 1 AsylG	602

Aufenthaltsstatus	Anzahl Personen, bei denen über die Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat entschieden wurde mit Schutzstatus in Deutschland
Gesamt	1.047
davon:	
Niederlassungserlaubnis	14
Aufenthaltserlaubnis	853
Aufenthaltsgestattung	20
Duldung	25
sonstiges (z. B. kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt)	135

7. Wie viele Personen halten sich nach Angaben des Ausländerzentralregisters derzeit in Deutschland auf, die in einem anderen Mitgliedstaat als schutzberechtigt anerkannt wurden (soweit möglich bitte nach Schutzstatus und Jahr der Anerkennung, Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge und dem Mitgliedstaat, der die Anerkennung ausgesprochen hat, differenzieren), wie viele dieser Personen sind ausreisepflichtig bzw. geduldet bzw. über welchen Aufenthaltsstatus verfügen sie (bitte auch nach Bundesländern differenzieren)?

Im AZR kann der Sachverhalt „als Flüchtling im Ausland anerkannt“ grundsätzlich gespeichert werden. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass dieser Sachverhalt von den zuständigen Ausländerbehörden nicht systematisch befüllt wird. Die Personengruppe der Flüchtlinge, die im Ausland anerkannt ist, wird daher durch die ausgewiesenen Zahlen des AZR nicht belastbar abgebildet.

Zum Stichtag 30. April 2021 waren 545 in Deutschland aufhältige Personen im Ausländerzentralregister erfasst, die als Flüchtlinge außerhalb der Bundesrepublik anerkannt wurden. Davon waren elf Personen ausreisepflichtig (darunter sechs Geduldete). Angaben zum Schutzstatus, dem Jahr der Anerkennung sowie zum Mitgliedstaat, der die Anerkennung ausgesprochen hat, werden im AZR nicht erfasst. Den nachfolgenden Tabellen kann die Verteilung auf die Staatsangehörigkeiten, Länder sowie Aufenthaltsstatus entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen
Gesamt	545
davon:	
Syrien, Arabische Republik	120
Eritrea	50
Vietnam	49
Irak	45

Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen
Gesamt	545
davon:	
Türkei	38
Afghanistan	30
Russische Föderation	26
Äthiopien	19
Ungeklärt	17
Ukraine	17
Iran, Islamische Republik	15
Somalia	13
Libanon	11
Kosovo	10
Bosnien und Herzegowina	10
Sri Lanka	8
Aserbaidshan	7
Serbien (ehemals)	5
Weißrussland	4
Staatenlos	4
Vereinigte Staaten von Amerika	3
Sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	3
Serbien	3
Kuba	3
Sudan (ohne Südsudan)	2
Sowjetunion (ehemals)	2
Serbien und Montenegro (ehemals)	2
Nigeria	2
Kongo, Dem. Republik	2
Ghana	2
Georgien	2
China	2
Armenien	2
Tschechoslowakei (ehemals)	1
Togo	1
Schweiz	1
Pakistan	1
Ohne Angabe	1
Norwegen	1
Nordmazedonien	1
Niger	1
Marokko	1
Mali	1
Kambodscha	1
Jugoslawien (ehemals)	1
Israel	1
Burundi	1
Australien	1
Angola	1
Albanien	1

Aufenthaltsstatus	Anzahl Personen
Gesamt	545
davon:	
Niederlassungserlaubnis	273
Aufenthaltserlaubnis	223
Duldung	6
sonstiges (z. B. kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt)	43

Bundesländer	Anzahl Personen
Gesamt	545
davon:	
Baden-Württemberg	135
Bayern	124
Berlin	52
Brandenburg	7
Bremen	3
Hamburg	38
Hessen	43
Mecklenburg-Vorpommern	1
Niedersachsen	37
Nordrhein-Westfalen	76
Rheinland-Pfalz	4
Saarland	2
Sachsen	1
Sachsen-Anhalt	5
Schleswig-Holstein	1
Thüringen	16

8. Wie viele Asylsuchende, die in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 bzw. im laufenden Jahr 2021 einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, verfügten über einen Schutzstatus, der in einem anderen Mitgliedstaat zugesprochen wurde (bitte die Angaben zum einen auch quartalsweise darstellen, zum anderen nach den wichtigsten Herkunfts- und Mitgliedstaaten auflisten), wie ist die diesbezügliche Umgangs- und Entscheidungspraxis des BAMF, und wie lauten interne Vorgaben hierzu mit Bezug auf den Mitgliedstaat Griechenland (bitte so ausführlich wie möglich darlegen)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen erst seit Ende Januar 2020 und nur für Antragstellerinnen und Antragsteller vor, denen bereits ein Schutzstatus in Griechenland zuerkannt wurde.

Im Jahr 2020 haben etwa 7.400 Personen, denen bereits ein Schutzstatus in Griechenland zuerkannt wurde, einen Asylantrag in Deutschland gestellt, darunter etwa 3.600 syrische, 1.700 irakische und 800 afghanische Staatsangehörige. Im Zeitraum 1. Januar bis 30. April 2021 wurden ca. 4.800 Antragstellerinnen und Antragsteller verzeichnet, denen bereits ein Schutzstatus in Griechenland zuerkannt wurde, darunter etwa 3.000 syrische, 750 afghanische und 600 irakische Staatsangehörige. Eine rückwirkende quartalsweise Zuordnung ist nicht möglich, da die Angaben auf Basis der anhängigen Verfahren (Bestandszahlen) zum Jahresende basieren.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

9. Treffen Informationen der Funke-Medien-Gruppe vom 6. Februar 2021 zu (Griechenland: Deutschland legt Tausende Asylverfahren auf Eis – w.az.de), wonach es seit Dezember 2019 einen internen „Entscheidungsstopp“ im BAMF in Bezug auf in anderen Mitgliedstaaten anerkannte und in Deutschland Asyl suchende Flüchtlinge gebe oder gegeben habe („Rückpriorisierung“; bitte ausführen), seit wann bzw. von wann bis wann gilt bzw. galt ggf. dieser Entscheidungsstopp in welchem Umfang bzw. in welchen Fallkonstellationen, wie viele Personen waren insgesamt bzw. sind aktuell davon betroffen (bitte jeweils auch nach wichtigsten Herkunfts- bzw. Mitgliedstaaten differenzieren), und in wie vielen Fällen gab es seit Dezember 2019 nach welchen Kriterien doch Abschiebungen in Griechenland anerkannter Flüchtlinge nach Griechenland (bitte darstellen)?

Wie bewertet die Bundesregierung die aus einem solchen Entscheidungsstopp bzw. ungeklärtem Aufenthaltsstatus nach Auffassung der Fragestellenden folgenden negativen Auswirkungen für die Integration schutzbedürftiger Flüchtlinge (bitte ausführen)?

Anhängige Verfahren nach Herkunftsland von Antragstellenden, denen bereits in Griechenland ein Schutzstatus zuerkannt wurde, können der folgenden Tabelle entnommen werden (Stand: 30. April 2021):

Herkunftsland	Personen
Syrien	6.995
Irak	2.520
Afghanistan	2.320
sonstiges	1.478
Gesamt	13.313

Angesichts der stetig wachsenden Zahl von Antragstellerinnen und Antragstellern, die bereits in Griechenland internationalen Schutz erhalten hatten, wurde im BAMF am 23. Dezember 2019 zunächst eine „Rückpriorisierung“ von Anträgen vorgenommen, die von vulnerablen Personengruppen mit internationalem Schutz in Griechenland stammten. Mit Entscheidung vom 20. Oktober 2020 wurde des Weiteren zur Prüfung der für diese Personengruppe vorliegenden Situation in Griechenland die „Rückpriorisierung“ für alle Antragstellerinnen und Antragsteller mit internationalem Schutz in Griechenland angeordnet.

Zu Abschiebungen dieser Personengruppe nach Griechenland liegen der Bundesregierung keine belastbaren Erkenntnisse vor, da die Aufenthaltsbeendigung im Kompetenzbereich der Länder liegt.

Gemäß § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG ist ein Asylantrag unzulässig, wenn ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union dem Ausländer bereits internationalen Schutz gewährt hat. Zu Ausnahmen hiervon wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

Die Integrationsmaßnahmen der Bundesregierung richten sich an alle rechtmäßig und auf Dauer lebenden Zugewanderten mit Integrationsbedarf sowie an Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive werden zu einem sehr frühzeitigen Zeitpunkt in Wegweiskursen und dem seit Juli 2017 bestehenden flächendeckenden Regelangebot der Erstorientierungskurse in AnKER- und funktionsgleichen Einrichtungen erste herkunftssprachliche Orientierungsangebote zu Leben und Alltag in Deutschland angeboten. In den Erstorientierungskursen erhalten sie zudem die Möglichkeit, landeskundliches Wissen verbunden mit einfachen Deutschkenntnissen zu erwerben.

10. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung bzw. zieht das BAMF aus der aktuellen obergerichtlichen Rechtsprechung zur drohenden unmenschlichen Behandlung bei einer Abschiebung anerkannter Flüchtlinge nach Griechenland (zuletzt: Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht, Urteile vom 19. April 2021, In Griechenland anerkannte Flüchtlinge dürfen derzeit nicht dorthin rücküberstellt werden | Nds. OVG; vgl. zur Lagebeurteilung auch: Anerkannte Flüchtlinge in Griechenland: Mit Kind und Kegel auf der Straße | PRO ASYL)?

Die Bundesregierung hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Niedersachsen zur Kenntnis genommen. Die Unterbringung und Versorgung von anerkannt schutzberechtigten Personen obliegt grundsätzlich dem europäischen Mitgliedstaat, in dem die Zuerkennung internationalen Schutzes erfolgt ist. Die anderen Mitgliedstaaten müssen grundsätzlich darauf vertrauen können, dass diese im Einklang mit europäischem Recht sowie unter anderem der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union erfolgt.

Ausnahmen von diesem Grundsatz wurden in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes entwickelt und betreffen v. a. drohende Verstöße gegen Artikel 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Diese Maßstäbe werden durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit angewandt. Jedes europäische Land trifft die Pflicht, für die Einhaltung der europarechtlichen Vorgaben Sorge zu tragen. Es ist die Aufgabe der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge, über die Einhaltung der europäischen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zu wachen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

11. Treffen Medienmeldungen zu (vgl. Welt am Sonntag und Agenturberichte vom 25. April 2021), wonach die Bundesregierung der Regierung in Athen angeboten habe, Kosten für die Unterbringung von in Griechenland anerkannten und nach Deutschland weitergeflohenen Flüchtlingen (z. B. in Hotels) zu übernehmen (bitte gegebenenfalls entsprechende Planungen und Anschreiben mit Daten wiedergeben)?

Wie hat die griechische Regierung hierauf gegebenenfalls reagiert, wie ist der aktuelle Stand etwaiger Verhandlungen, und mit welchen Ergebnissen rechnet die Bundesregierung in welchem Zeitraum (bitte ausführen)?

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass schutzberechtigte Flüchtlinge in Griechenland derzeit eine reale Chance auf Integration haben (Spracherwerb, Anmietung eigenen Wohnraums, Arbeitsaufnahme usw.), wenn sie in Hotels untergebracht werden?

Sollte es nach Ansicht der Bundesregierung eine Regelung zur Verteilung von Schutzsuchenden auf die EU-Mitgliedstaaten geben, um Ersteinreisländer wirksam zu entlasten (bitte ausführen)?

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat Griechenland angeboten, bei der Bereitstellung einer Unterkunft, der Versorgung zur Deckung des täglichen Lebensbedarfes und bei der Integration von anerkannt schutzberechtigten in Griechenland zu unterstützen. Das BAMF wäre in der Lage, sehr zeitnah eine entsprechende Unterstützung zu gewährleisten. Die Gespräche mit der griechischen Regierung dauern an. Zu Einzelheiten laufender Gespräche mit Regierungen anderer Staaten äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht. Die Bundesregierung setzt sich auf EU-Ebene im Rahmen der Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) u. a. für ein hohes, verpflichtendes und vorhersehbares Maß an Solidarität ein.

Vor dem Hintergrund der neuen Vorschläge der Europäischen Kommission aus dem Migrations- und Asylpaket gehört hierzu aus Sicht der Bundesregierung ein Solidaritätsmechanismus, der insbesondere bei Migrationsdruck schnelle, verlässliche und effektive Solidarität, einschließlich einer verpflichtenden Umverteilung, vorsieht. Ziel des Mechanismus muss es sein, die belasteten Mitgliedstaaten auch tatsächlich zu entlasten.

12. Wie viele Kirchenasylfälle wurden im Gesamtjahr 2020 bzw. im bisherigen Jahr 2021 (bitte das Datum der Erfassung nennen) an das BAMF gemeldet (bitte nach Bundesländern differenzieren und auch angeben, in wie vielen dieser Fälle es einen Dublin-Bezug gab – werden Kirchenasylfälle ohne Dublin-Bezug statistisch überhaupt erfasst)?

In wie vielen dieser Fälle wurde rechtzeitig ein Dossier vorgelegt, was war das Ergebnis der Überprüfungen, und wie sind die Verfahren ausgegangen (Überstellung, Selbsteintritt Deutschlands, sonstige Verfahrenserledigung; bitte nach Monaten differenzieren)?

Die Kirchenasylfälle mit Dublin-Bezug im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 (Abfragestand: 23. Februar 2021) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Monat	Anzahl der gemeldeten Kirchen-Asylfälle	dazu bisher eingegangene Dossiers*	Ergebnisse der bisherigen Dossier-Prüfungen		sonstige Erledigungen	in Bearbeitung
			Selbsteintrittsrecht ausgeübt	kein Selbsteintrittsrecht ausgeübt		
Januar 2020	53	47	2	44	1	0
Februar 2020	53	44	2	39	3	0
März 2020	24	13	0	11	2	0
April 2020	2	2	0	2	0	0
Mai 2020	0	0	0	0	0	0
Juni 2020	11	8	0	7	1	0
Juli 2020	26	22	0	17	5	0
August 2020	36	25	0	22	3	0
September 2020	33	28	1	27	0	0
Oktober 2020	28	25	0	24	1	0
November 2020	32	26	0	26	0	0
Dezember 2020	37	35	3	30	2	0
Gesamtergebnis	335	275	8	249	18	0

* Die der Statistik zu entnehmende Anzahl bisher eingegangener Dossiers spiegelt alle fristgemäß eingereichten Dossiers wider.

Der nachfolgenden Tabelle kann die Verteilung der Kirchenasylmeldungen mit Dublin-Bezug auf die Länder entnommen werden:

Bundesland	Anzahl
Nordrhein-Westfalen	125
Hessen	65
Bayern	41
Berlin	27
Niedersachsen	24
Mecklenburg-Vorpommern	9
Schleswig-Holstein	7
Rheinland-Pfalz	7
Brandenburg	7
Bremen	6
Hamburg	5
Thüringen	5
Sachsen-Anhalt	4
Baden-Württemberg	2
Sachsen	1
Gesamtergebnis	335

Durch das BAMF sind in der Zeit vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 insgesamt 23 Kirchenasylfälle ohne Dublin-Bezug geprüft worden.

Die Kirchenasylfälle mit Dublin-Bezug im Zeitraum 1. Januar 2021 bis 31. März 2021 (Abfragestand: 12. April 2021) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Monat	Anzahl der gemeldeten Kirchen-Asylfälle	dazu bisher eingegangene Dossiers	Ergebnisse der bisherigen Dossier-Prüfungen		sonstige Erledigungen	in Bearbeitung
			SER ausgeübt	kein SER ausgeübt		
Januar 2021	38	34	0	33	1	0
Februar 2021	40	31	2	24	1	4
März 2021	83	33	1	13	0	19
Gesamtergebnis	161	98	3	70	2	23

Der nachfolgenden Tabelle kann die Verteilung der Kirchenasylmeldungen mit Dublin-Bezug auf die Länder entnommen werden:

Bundesland	Anzahl
Hessen	37
Nordrhein-Westfalen	33
Bayern	25
Mecklenburg-Vorpommern	12
Niedersachsen	11
Berlin	10
Sachsen-Anhalt	9
Hamburg	8
Schleswig-Holstein	4
Thüringen	4
Bremen	4
Brandenburg	2
Rheinland-Pfalz	2
Gesamtergebnis	161

Durch das BAMF sind in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis 31. März 2021 insgesamt sieben Kirchenasylfälle ohne Dublin-Bezug geprüft worden.

13. Wie wird im BAMF aktuell, d. h. auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie, die Frage der menschenwürdigen Unterbringung und eines gesicherten Zugangs zu einem fairen Asylverfahren in Italien bzw. in Griechenland (bitte differenzieren) bewertet, insbesondere mit Blick auf besonders schutzbedürftige Personen, und welche konkreten Regelungen und gegebenenfalls Einschränkungen für das Dublin-Verfahren gelten diesbezüglich (bitte so konkret wie möglich ausführen)?

Bei den im Rahmen des Dublinverfahrens zu treffenden Entscheidungen berücksichtigt das BAMF stets alle Umstände des Einzelfalls, insbesondere auch die Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten.

Bei allen Personen, insbesondere bei vulnerablen Personen, u. a. solchen mit schweren Erkrankungen, wird geprüft, ob eine Überstellung rechtlich zulässig ist. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) führte aus (EuGH, Urteil vom 19. März 2019 – C 163/17; siehe auch verbundene Rechtsachen C-297/17, C-318/17, C-319/17 und C 438/17), dass Artikel 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dem entgegensteht, dass eine Person, die internationalen Schutz beantragt hat, gemäß Artikel 29 Dublin III-VO in den nach dieser Verordnung grundsätzlich für die Prüfung ihres Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaat überstellt wird, wenn dieser Antragsteller im Fall der Gewährung eines solchen Schutzes in diesem Mitgliedstaat aufgrund der Lebensumstände, die ihn dort als international Schutzberechtigten erwarten würden, einem ernsthaften Risiko ausgesetzt wäre, eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung im Sinne von Artikel 4 der Charta zu erfahren. Das BAMF prüft auf Basis der in der Entscheidung des EuGH genannten Maßstäbe jeden Einzelfall, hält jedoch grundsätzlich an Überstellungen nach Griechenland und Italien fest.

Gemäß den Empfehlungen der Europäischen Kommission vom 8. Dezember 2016 nahm das BAMF am 15. März 2017 das Dublin-Verfahren mit Griechenland wieder auf. Überstellungen von vulnerablen Personen nach Griechenland, für die Griechenland ab dem 15. März 2017 zuständig geworden ist, finden nicht statt.

In jedem Fall wird eine individuelle Zusicherung bezüglich Aufnahme und Unterkunft sowie Durchführung des Asylverfahrens gemäß EU-Standards erbeten.

Dem BAMF liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass Italien die in der Aufnahme- und Asylverfahrensrichtlinie festgelegten Regelungen zur Unterbringung und Zugang zu einem Asylverfahren – insbesondere aufgrund der COVID-19-Pandemie – nicht einhält.

14. Wie viele Asylanträge wurden im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-Verordnung als unzulässig abgelehnt oder die Verfahren eingestellt, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch die Zahl formeller Entscheidungen nennen), und wie viele Asylanträge wurden in diesen Zeiträumen als unzulässig erachtet, weil bereits in einem anderen Land ein Schutzstatus gewährt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum	Entscheidungen gesamt				
		davon formelle Entscheidungen			
			davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit)		
				davon unzulässig (nach § 29 Absatz 1 Nr. 1 AsylG)	davon Einstellungen
Jahr 2020	145.071	36.015	11.785	11.711	74
1. Quartal 2021	43.353	18.566	4.375	4.355	20

Zeitraum	Entscheidungen gesamt		
		davon formelle Entscheidungen	
			davon Schutz im Mitgliedstaat
Jahr 2020	145.071	36.015	4.830
1. Quartal 2021	43.353	18.566	711

15. Welche statistischen Angaben können zu Rechtsmitteln gegen Unzulässigkeitsentscheidungen des BAMF wegen „Schutz im Mitgliedstaat“ für das Jahr 2020 bzw. für das bisherige Jahr 2021 gemacht werden (bitte die Zahl der Klagen und Eilanträge, Ergebnisse der gerichtlichen Entscheidungen, jeweils differenziert nach wichtigsten Herkunftsländern, differenziert darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen zu Eilanträge gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Schutz in MS) im Zeitraum 01.01.-31.12.2020 (Stand 15.02.2021)			
	abgelehnt	statt- gegeben	Gesamt
Gesamt	1.226	207	1.433
<i>darunter:</i>			
Syrien, Arabische Republik	554	83	637
Irak	162	27	189
Somalia	141	34	175
Afghanistan	109	10	119
Nigeria	78	13	91
Ungeklärt	34	10	44
Eritrea	33	7	40
Jemen	21	5	26
Iran, Islamische Republik	17	1	18
Gambia	8	3	11

Entscheidungen zu Eilanträgen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Schutz in MS) im Zeitraum 01.01.-31.03.2021 (Stand 15.05.2021)			
	abgelehnt	statt- gegeben	Gesamt
Gesamt	269	45	314
<i>darunter:</i>			
Syrien, Arabische Republik	141	11	152
Somalia	26	11	37
Irak	22	5	27
Nigeria	24	2	26
Afghanistan	15	3	18
Ungeklärt	7	4	11
Iran, Islamische Republik	6	2	8
Eritrea	6	1	7
Libyen	1	5	6
Russische Föderation	6	0	6

Klagen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Schutz in MS) im Zeitraum 01.01.-31.12.2020 (Stand 15.02.2021)	
Gesamt	4.886
<i>darunter:</i>	
Syrien, Arabische Republik	2.253
Afghanistan	571
Irak	554
Somalia	490
Ungeklärt	269
Nigeria	219
Eritrea	127
Iran, Islamische Republik	49
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	37
Sudan	33

Klagen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Schutz in MS) im Zeitraum 01.01.-31.03.2021 (Stand 15.05.2021)	
Gesamt	712
<i>darunter:</i>	
Syrien, Arabische Republik	350
Irak	80
Somalia	75
Afghanistan	42
Nigeria	39
Ungeklärt	23
Eritrea	19
Libyen	15
Sudan	10
Russische Föderation	8

01.01.-31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)		Gerichtsentscheidungen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Schutz in MS)											
HKL	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot		Ablehnung		sonst. Verfahrens- erledigung		Abschiebungs- androhung		Gesamt
	absolut	In Prozent	absolut	In Pro- zent	absolut	in Pro- zent	Abso- lut	in Pro- zent	absolut	in Pro- zent	absolut	in Pro- zent	
Gesamt	7	0,1	4	0,0	1.412	16,9	54	0,6	6.876	82,1	20	0,2	8.373
darunter:													
Syrien, Arabische Republik	3	0,1	0	0,0	744	19,1	25	0,6	3.101	79,8	13	0,3	3.886
Irak	0	0,0	4	0,3	316	23,0	1	0,1	1.050	76,5	2	0,1	1.373
Somalia	0	0,0	0	0,0	58	7,4	6	0,8	721	91,7	1	0,1	786
Afghanistan	0	0,0	0	0,0	130	16,7	0	0,0	646	83,1	1	0,1	777
Nigeria	0	0,0	0	0,0	18	4,8	9	2,4	351	92,9	0	0,0	378
Ungeklärt	3	1,2	0	0,0	41	16,8	5	2,0	193	79,1	2	0,8	244
Eritrea	0	0,0	0	0,0	12	5,0	1	0,4	228	94,6	0	0,0	241
Iran, Islamische Republik	0	0,0	0	0,0	33	28,9	0	0,0	81	71,1	0	0,0	114
Russische Föderation	0	0,0	0	0,0	1	1,2	5	5,8	80	93,0	0	0,0	86
Staatenlos	1	1,4	0	0,0	4	5,4	0	0,0	69	93,2	0	0,0	74

01.01.-31.03.2021 (Stand: 15.05.2021)		Gerichtsentscheidungen gegen Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Schutz in MS)											
HKL	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot		Ablehnung		sonst. Verfahrens- erledigung		Abschiebungs- androhung		Gesamt
	absolut	in Pro- zent	absolut	In Pro- zent	absolut	in Pro- zent	Abso- lut	in Pro- zent	absolut	in Pro- zent	absolut	in Pro- zent	
Gesamt	1	0,1	2	0,1	152	8,0	21	1,1	1.728	90,7	1	0,1	1.905
darunter:													
Syrien, Arabische Republik	1	0	0	0,0	62	7,9	14	1,8	709	90,2	0	0,0	786
Irak	0	0,0	0	0,0	34	11,3	0	0,0	265	88,3	1	0,3	300
Somalia	0	0,0	0	0,0	8	3,5	1	0,4	220	96,1	0	0,0	229
Afghanistan	0	0,0	0	0,0	7	3,9	0	0,0	173	96,1	0	0,0	180
Ungeklärt	0	0,0	1	1,1	18	19,1	1	1,1	74	78,7	0	0,0	94
Nigeria	0	0,0	0	0,0	2	2,4	0	0,0	83	97,6	0	0,0	85
Eritrea	0	0,0	1	1,7	5	8,5	1	1,7	52	88,1	0	0,0	59
Iran, Islamische Republik	0	0,0	0	0,0	5	16,7	0	0,0	25	83,3	0	0,0	30
Sudan	0	0,0	0	0,0	3	17,6	0	0,0	14	82,4	0	0,0	17
Staatenlos	0	0,0	0	0,0	3	17,6	0	0,0	14	82,4	0	0,0	17

Eine statistische Auswertung nach dem Mitgliedstaat ist nicht möglich.

16. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihre Verhandlungen auf EU-Ebene zu der Frage, ob bzw. inwieweit es beschleunigte Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen geben soll, aus dem Umstand, dass der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer Vorprüfungen vor einer Umverteilung von aus Seenot Geretteten in andere Mitgliedstaaten ablehnte mit der Begründung, ein rechtsstaatliches Asylverfahren sei in der Kürze der Zeit gar nicht möglich (epd, 23. September 2019; bitte nachvollziehbar begründen)?

Die am 23. September 2019 verkündete gemeinsame Absichtserklärung betraf die Übernahme der Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren von aus Seenot geretteten Asylsuchenden von Italien und Malta. Es handelte sich um ein kontrolliertes Notfallverfahren bzgl. freiwilliger Verpflichtungen der Mitgliedstaaten für einen verlässlichen vorübergehenden Solidaritätsmechanismus, folglich außerhalb der Reform des GEAS. In diesem Zusammenhang ging es um die Übernahme der Zuständigkeit durch Deutschland nach einem Sicherheitsüberprüfungsverfahren durch deutsche Sicherheitsbehörden im Rahmen eines zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten unter Koordination der Europäischen Kommission vereinbarten Standardverfahrens nach der Ausschiffung entsprechender Personen.

Die von der Europäischen Kommission mit dem Migrations- und Asylpaket vorgeschlagenen Asylgrenzverfahren sind dagegen in einem neuen Kontext und im Zusammenhang mit einem ebenfalls neu vorgeschlagenen Solidaritätsmechanismus zu bewerten. Aus Sicht der Bundesregierung sind verpflichtende Asylgrenzverfahren für bestimmte Personengruppen relevant für die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems. Es sollte frühzeitig zwischen voraussichtlich Schutzbedürftigen und grundsätzlich offensichtlich Nicht-Schutzbedürftigen differenziert werden können. Im Rahmen des vorgeschlagenen Asylgrenzverfahrens würde eine vollständige Prüfung des Asylantrags stattfinden. Der Vorschlag der Kommission zum verpflichtenden Anwendungsbereich des Asylgrenzverfahrens (u. a. bei einer Gefahr für die nationale Sicherheit oder öffentliche Ordnung) wird von der Bundesregierung grundsätzlich begrüßt. Er ist eine gute Basis für weitere Diskussionen im Kreis der Mitgliedstaaten.

17. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Öffentlichkeit und insbesondere die Kirchen in Deutschland erfahren sollten, ob die Bundesregierung sich auf EU-Ebene für den Erhalt des Selbsteintrittsrechts in Zuständigkeitsprüfungsverfahren einsetzt oder nicht, weil bei einem Wegfall des Selbsteintrittsrechts auch die rechtliche Grundlage für humanitäre Entscheidungen im Einzelfall, z. B. im Rahmen des Kirchenasyls, oder für politische Entscheidungen, wie im Herbst 2015, wegfielen (bitte darlegen und begründen)?

Die Bundesregierung setzt sich für ein funktionsfähiges, effizientes und krisenfestes GEAS ein. Dabei strebt die Bundesregierung insgesamt eine Balance zwischen Verantwortung und Solidarität auf höchstem Niveau an. Das sogenannte Selbsteintrittsrecht nach Artikel 17 Absatz 1 der Dublin III-VO, welches Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, die Zuständigkeit für die Durchführung eines Asylverfahrens trotz Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats zu übernehmen, findet sich in den Vorschlägen der Europäischen Kommission des Migrations- und Asylpakets in Artikel 25 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Asyl- und Migrationsmanagement und zur Änderung der Richtlinie (EG) 2003/109 des Rates und der vorgeschlagenen Verordnung (EU) XXX/XXX Asyl- und Migrationsfonds (Asyl- und Migrationsmanagementverordnung) wieder. Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich, dass die Regelung zum Selbsteintrittsrecht erhalten bleiben soll.

18. Wie viele Übernahmersuchen, Zustimmungen bzw. Überstellungen (bitte differenzieren) im Rahmen des Dublin-Systems gab es im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 durch bzw. an Deutschland (bitte auch nach Ländern differenzieren und die jeweiligen Überstellungsquoten nennen), bitte in einer gesonderten Tabelle darstellen, wie über Ersuchen anderer Mitgliedstaaten in diesen Zeiträumen durch das BAMF entschieden wurde (bitte nach Gründen bzw. Rechtsgrundlage der Dublin-Verordnung differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Etwaige Überstellungsquoten ergeben sich grundsätzlich aus dem Verhältnis der jeweils erfolgten Überstellungen zu den jeweiligen Zustimmungen:

Jahr 2020	Übernahmersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	1.335	802	213	603	417	314
Belgien	684	477	169	1.280	756	242
Bulgarien	497	118	10	29	6	0
Schweiz	753	378	131	789	576	336
Zypern	42	24	3	23	2	3
Tschechien	202	196	58	41	33	12
Dänemark	435	276	54	167	126	74
Estland	15	15	5	3	3	3
Griechenland	6.737	296	4	1.289	631	423
Spanien	1.836	905	119	66	31	2
Finnland	178	129	52	44	37	27
Frankreich	3.341	2.129	724	7.609	4.497	1.659
Kroatien	807	642	28	40	7	4
Ungarn	293	10	0	17	20	24
Irland	7	3	0	123	23	0
Island	29	1	0	8	5	7
Italien	5.318	3.586	509	632	536	139
Liechtenstein	2	0	0	3	3	2
Litauen	277	286	14	13	6	4
Luxemburg	61	31	17	95	71	45
Lettland	113	102	14	0	0	0
Malta	109	38	12	27	10	6
Niederlande	1.459	973	319	1.615	1.403	808
Norwegen	144	58	25	47	32	27
Polen	1.182	1.015	142	43	30	19
Portugal	173	136	58	110	80	17
Rumänien	1.080	728	28	16	3	2
Schweden	2.549	2.103	203	269	206	96
Slowenien	294	175	20	37	9	4
Slowakei	100	77	6	12	4	2
Verein. Königr.	83	50	16	2.203	1.110	68
Gesamt	30.135	15.759	2.953	17.253	10.673	4.369

1. Quartal 2021	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Über- nahme- ersu- chen	Zustim- mungen	erfolgte Über- stellun- gen	Über- nahme- ersu- chen	Zustim- mungen	erfolgte Über- stellun- gen
Österreich	411	255	65	158	104	93
Belgien	142	91	25	372	233	30
Bulgarien	340	108	0	14	15	0
Schweiz	223	119	36	230	175	96
Zypern	13	6	0	7	2	0
Tschechien	46	25	2	8	4	4
Dänemark	118	55	11	43	33	17
Estland	3	3	0	1	1	1
Griechenland	2.118	30	0	242	117	2
Spanien	423	327	26	0	0	2
Finnland	25	12	7	5	3	11
Frankreich	900	530	100	2.069	1.330	406
Kroatien	353	268	0	12	4	0
Ungarn	81	7	1	2	2	2
Irland	1	1	0	84	8	0
Island	5	3	0	1	1	0
Italien	1.457	1.204	34	192	173	14
Liechtenstein	1	0	0	2	0	0
Litauen	15	14	10	2	0	1
Luxemburg	21	9	6	17	14	7
Lettland	20	11	1	0	0	0
Malta	40	11	0	5	3	1
Niederlande	354	175	74	441	373	139
Norwegen	25	9	2	3	5	6
Polen	214	170	34	15	10	3
Portugal	20	8	8	18	17	1
Rumänien	830	496	34	6	1	2
Schweden	566	466	68	47	33	26
Slowenien	117	61	0	7	3	1
Slowakei	19	15	0	2	0	0
Gesamt	8.901	4.489	544	4.005	2.664	865

	Jahr 2020
Ablehnungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten gesamt	7.356
<i>davon</i>	
Art. 3 II Dublin III	2
Art. 8 I Dublin III	129
Art. 8 II Dublin III	73
Art. 8 IV Dublin III	39
Art. 9 Dublin III	292
Art. 10 Dublin III	138
Art. 11 a) Dublin III	58
Art. 11 b) Dublin III	28
Art. 12 I Dublin III	6
Art. 12 II Dublin III	14
Art. 12 IV Dublin III	96
Art. 13 I Dublin III	4

	Jahr 2020
Art. 13 II Dublin III	7
Art. 14 I Dublin III	1
Art. 16 I Dublin III	24
Art. 16 II Dublin III	1
Art. 17 II Dublin III	374
Art. 18 I a Dublin III	2
Art. 18 I b Dublin III	65
Art. 18 I c Dublin III	2
Art. 18 I d Dublin III	84
Art. 18 II Dublin III	1
Art. 19 I Dublin III	6
Art. 19 II Dublin III	855
Art. 19 III Dublin III	603
Art. 20 III Dublin III	3
Art. 22 VII Dublin III	3
EURODAC-Treffer unvollständig	119
Kein Dublinfall (i. d. R., weil int. Schutz in MS)	882
Verweis auf Zuständigkeit eines anderen MS	3.412
Sonstige	33
Zustimmungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten gesamt	10.673
<i>davon</i>	
Art. 3 II Dublin III	1
Art. 8 I Dublin III	228
Art. 8 II Dublin III	46
Art. 8 III Dublin III	2
Art. 9 Dublin III	153
Art. 10 Dublin III	96
Art. 11 a) Dublin III	4
Art. 11 b) Dublin III	1
Art. 12 I Dublin III	37
Art. 12 II Dublin III	228
Art. 12 III Dublin III	19
Art. 12 IV Dublin III	484
Art. 13 I Dublin III	4
Art. 13 II Dublin III	2
Art. 14 I Dublin III	5
Art. 14 II Dublin III	1
Art. 16 I Dublin III	6
Art. 17 II Dublin III	138
Art. 18 I a Dublin III	164
Art. 18 I b Dublin III	877
Art. 18 I c Dublin III	278
Art. 18 I d Dublin III	7.839
Art. 19 I Dublin III	2
Art. 19 II Dublin III	4
Art. 19 III Dublin III	1
Art. 20 V Dublin III	11
Art. 22 VII Dublin III	9
Art. 25 II Dublin III	32
Art. 28 III Dublin III	1

	1. Quartal 2021
Ablehnungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten gesamt	1.496
<i>davon</i>	
Art. 3 II Dublin III	3
Art. 8 I Dublin III	19
Art. 8 II Dublin III	13
Art. 8 III Dublin III	1
Art. 8 IV Dublin III	14
Art. 9 Dublin III	12
Art. 10 Dublin III	14
Art. 11 a) Dublin III	12
Art. 11 b) Dublin III	2
Art. 12 I Dublin III	2
Art. 12 IV Dublin III	7
Art. 13 I Dublin III	2
Art. 13 II Dublin III	1
Art. 14 II Dublin III	1
Art. 16 I Dublin III	1
Art. 17 I Dublin III	1
Art. 17 II Dublin III	69
Art. 18 I a) Dublin III	1
Art. 18 I b) Dublin III	25
Art. 18 I d) Dublin III	15
Art. 19 II Dublin III	148
Art. 19 III Dublin III	127
Kein Dublinfall (i. d. R., weil int. Schutz in MS)	198
Verweis auf Zuständigkeit eines anderen MS	763
Sonstige	45
Zustimmungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten gesamt	2.664
<i>davon</i>	
Art. 3 II Dublin III	1
Art. 8 I Dublin III	42
Art. 8 II Dublin III	10
Art. 9 Dublin III	28
Art. 10 Dublin III	21
Art. 11 a) Dublin III	1
Art. 11 b) Dublin III	1
Art. 12 I Dublin III	7
Art. 12 II Dublin III	11
Art. 12 IV Dublin III	10
Art. 13 II Dublin III	1
Art. 17 I Dublin III	1
Art. 17 II Dublin III	38
Art. 18 I a) Dublin III	89
Art. 18 I b) Dublin III	272
Art. 18 I c) Dublin III	108
Art. 18 I d) Dublin III	2.008
Art. 18 II Dublin III	2
Art. 19 I Dublin III	1
Art. 20 V Dublin III	8
Art. 25 II Dublin III	3
Art. 28 III Dublin III	1

19. Wie viele Zustimmungen zur Übernahme von Geflüchteten basierten im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 auf Zustimmungen durch Fristablauf nach Artikel 22 Absatz 7 bzw. Artikel 25 Absatz 2 Dublin-VO (bitte jeweils im Verhältnis zu allen Zustimmungen angeben und nach beiden Rechtsgrundlagen, differenziert nach Mitgliedstaaten und nach Übernahmehersuchen Deutschlands bzw. an Deutschland, differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2020	Zustimmungen der Mitgliedstaaten					Zustimmungen Deutschlands				
	Alle Zustimmungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III		darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III		Alle Zustimmungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III		darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III	
		absolut	in Prozent	absolut	in Prozent		absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Österreich	802	1	0,1	5	0,6	417	0	0,0	0	0,0
Belgien	477	0	0,0	3	0,6	756	1	0,1	3	0,4
Bulgarien	118	0	0,0	0	0,0	6	0	0,0	0	0,0
Schweiz	378	0	0,0	3	0,8	576	0	0,0	2	0,3
Zypern	24	5	20,8	12	50,0	2	0	0,0	0	0,0
Tschechien	196	0	0,0	0	0,0	33	0	0,0	1	3,0
Dänemark	276	0	0,0	0	0,0	126	0	0,0	1	0,8
Estland	15	0	0,0	0	0,0	3	0	0,0	0	0,0
Griechenland	296	128	43,2	84	28,4	631	3	0,5	0	0,0
Spanien	905	9	1,0	11	1,2	31	0	0,0	0	0,0
Finnland	129	0	0,0	5	3,9	37	0	0,0	0	0,0
Frankreich	2.129	11	0,5	60	2,8	4.497	2	0,0	9	0,2
Kroatien	642	0	0,0	2	0,3	7	0	0,0	0	0,0
Ungarn	10	0	0,0	0	0,0	20	0	0,0	0	0,0
Irland	3	0	0,0	0	0,0	23	0	0,0	0	0,0
Island	1	0	0,0	0	0,0	5	0	0,0	0	0,0
Italien	3.586	904	25,2	1391	38,8	536	0	0,0	5	0,9
Liechtenstein	0	0	0,0	0	0	3	0	0,0	0	0,0
Litauen	286	1	0,3	26	9,1	6	0	0,0	0	0,0
Luxemburg	31	0	0,0	0	0,0	71	0	0,0	0	0,0
Lettland	102	0	0,0	4	3,9	0	0	0	0	0
Malta	38	0	0,0	1	2,6	10	0	0,0	0	0,0
Niederlande	973	4	0,4	9	0,9	1.403	3	0,2	6	0,4
Norwegen	58	0	0,0	2	3,4	32	0	0,0	0	0,0
Polen	1.015	2	0,2	20	2,0	30	0	0,0	0	0,0
Portugal	136	13	9,6	5	3,7	80	0	0,0	0	0,0
Rumänien	728	1	0,1	7	1,0	3	0	0,0	0	0,0
Schweden	2.103	2	0,1	5	0,2	206	0	0,0	1	0,5
Slowenien	175	0	0,0	2	1,1	9	0	0,0	0	0,0
Slowakei	77	0	0,0	0	0,0	4	0	0,0	0	0,0
Vereinigtes Königreich	50	0	0,0	4	8,0	1.110	0	0,0	4	0,4
Gesamt	15.759	1.081	6,9	1661	10,5	10.673	9	0,1	32	0,3

1. Quartal 2021	Zustimmungen der Mitgliedstaaten					Zustimmungen Deutschlands				
	Alle Zu- stim- mungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III		darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III		Alle Zu- stim- mungen	darunter Artikel 22 Absatz 7 Dublin III		darunter Artikel 25 Absatz 2 Dublin III	
		abso- lut	in Pro- zent	abso- lut	in Pro- zent		abso- lut	in Pro- zent	abso- lut	in Pro- zent
Österreich	255	0	0,0	0	0,0	104	0	0,0	0	0,0
Belgien	91	0	0,0	0	0,0	233	0	0,0	0	0,0
Bulgarien	108	0	0,0	0	0,0	15	0	0,0	0	0,0
Schweiz	119	0	0,0	1	0,8	175	0	0,0	0	0,0
Zypern	6	0	0,0	3	50,0	2	0	0,0	0	0,0
Tschechien	25	0	0,0	0	0,0	4	0	0,0	0	0,0
Dänemark	55	0	0,0	0	0,0	33	0	0,0	0	0,0
Estland	3	0	0,0	0	0,0	1	0	0,0	0	0,0
Griechenland	30	5	16,7	19	63,3	117	0	0,0	0	0,0
Spanien	327	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0
Finnland	12	0	0,0	0	0,0	3	0	0,0	0	0,0
Frankreich	530	3	0,6	23	4,3	1.330	0	0,0	2	0,2
Kroatien	268	1	0,4	7	2,6	4	0	0,0	0	0,0
Ungarn	7	0	0,0	0	0,0	2	0	0,0	0	0,0
Irland	1	0	0,0	1	100,0	8	0	0,0	0	0,0
Island	3	0	0,0	0	0,0	1	0	0,0	0	0,0
Italien	1.204	643	53,4	342	28,4	173	0	0,0	0	0,0
Litauen	14	0	0,0	2	14,3	0	0	0,0	0	0,0
Luxemburg	9	0	0,0	0	0,0	14	0	0,0	0	0,0
Lettland	11	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0
Malta	11	0	0,0	0	0,0	3	0	0,0	0	0,0
Niederlande	175	0	0,0	2	1,1	373	0	0,0	1	0,3
Norwegen	9	0	0,0	0	0,0	5	0	0,0	0	0,0
Polen	170	0	0,0	1	0,6	10	0	0,0	0	0,0
Portugal	8	0	0,0	0	0,0	17	0	0,0	0	0,0
Rumänien	496	0	0,0	3	0,6	1	0	0,0	0	0,0
Schweden	466	0	0,0	1	0,2	33	0	0,0	0	0,0
Slowenien	61	0	0,0	0	0,0	3	0	0,0	0	0,0
Slowakei	15	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0
Gesamt	4.489	652	14,5	405	9,0	2.664	0	0,0	3	0,1

20. Wie viele Überstellungen im Rahmen des Dublin-Systems gab es im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021, differenziert nach Bundesländern (anknüpfend an die Aufenthaltsorte der Asylsuchenden bzw. die Zuständigkeit für die Durchführung der Überstellungen), und welche Angaben können dazu gemacht werden, wie viele Zustimmungen zur Übernahme dem gegenüberstanden, nach Bundesländern differenziert (bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten		
Jahr 2020	Zustimmungen	Überstellungen
gesamt	15.759	2.953
davon		
Baden-Württemberg	1.699	310
Bayern	2.108	413
Berlin	804	86
Brandenburg	724	77
Bremen	123	10
Hamburg	382	87
Hessen	1.244	233
Mecklenburg-Vorpommern	564	47
Niedersachsen	1.062	188
Nordrhein-Westfalen	2.452	765
Rheinland-Pfalz	771	212
Saarland	117	20
Sachsen	956	55
Sachsen-Anhalt	488	109
Schleswig-Holstein	1.044	106
Thüringen	409	82
unbekannt	812	153

Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten		
I. Quartal 2021	Zustimmungen	Überstellungen
gesamt	4.489	544
davon		
Baden-Württemberg	552	31
Bayern	602	78
Berlin	193	18
Brandenburg	166	6
Bremen	57	0
Hamburg	179	25
Hessen	567	46
Mecklenburg-Vorpommern	110	3
Niedersachsen	365	24
Nordrhein-Westfalen	381	124
Rheinland-Pfalz	245	47
Saarland	24	2
Sachsen	352	4
Sachsen-Anhalt	83	43
Schleswig-Holstein	214	26
Thüringen	139	21
unbekannt	260	46

Soweit ein Verfahren zum Abfragestand keinem Land zugeordnet werden kann, wird es als unbekannt ausgewiesen.

21. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen in Dublin-Verfahren für das Jahr 2020 bzw. für das bisherige Jahr 2021 (bitte nach Zielstaaten differenziert angeben), und warum werden in der von der Bundesregierung übermittelten diesbezüglichen Statistik (vgl. Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 19/22405) formelle Erledigungen oder Verfahrenseinstellungen nicht gesondert kenntlich gemacht (bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren			
01.01. – 31.12.2020 (Stand 15.02.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Belgien	154	37	191
Bulgarien	74	25	99
Dänemark	76	19	95
Estland	16	0	16
Finnland	37	24	61
Frankreich	611	205	816
Griechenland	136	100	236
Irland	0	1	1
Italien	1.455	873	2.328
Kroatien	248	63	311
Lettland	58	32	90
Litauen	131	26	157
Luxemburg	5	0	5
Malta	16	15	31
Niederlande	268	49	317
Norwegen	26	6	32
Österreich	274	53	327
Polen	548	201	749
Portugal	105	49	154
Rumänien	258	77	335
Schweden	368	79	447
Schweiz	132	39	171
Slowakei	33	12	45
Slowenien	47	6	53
Spanien	301	114	415
Tschechien	97	27	124
Ungarn	5	0	5
Zypern	9	4	13
Vereinigtes Königreich	2	0	2

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren			
01.01. – 31.03.2021 (Stand 15.05.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Belgien	52	3	55
Bulgarien	35	11	46
Dänemark	27	3	30
Estland	5	0	5
Finnland	4	1	5
Frankreich	200	20	220
Griechenland	16	46	62
Island	1	0	1
Italien	388	260	648

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren			
01.01. – 31.03.2021 (Stand 15.05.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Kroatien	123	34	157
Lettland	10	3	13
Litauen	37	17	54
Luxemburg	4	0	4
Malta	3	5	8
Niederlande	44	5	49
Norwegen	2	4	6
Österreich	85	6	91
Polen	123	50	173
Portugal	6	6	12
Rumänien	169	22	191
Schweden	251	24	275
Schweiz	22	3	25
Slowakei	6	1	7
Slowenien	30	1	31
Spanien	107	33	140
Tschechien	12	4	16

Statistisch erfolgt keine gesonderte Erfassung und Auswertung von formellen Erledigungen oder Verfahrenseinstellungen. Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/22405 wird verwiesen.

22. In wie vielen Fällen wurde im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 bei Asylsuchenden festgestellt, dass Griechenland nach der Dublin-Verordnung zuständig ist (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben und nach gestellten Übernahmeersuchen und Selbsteintritten differenzieren wie in der Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22405)?

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Anzahl der Fälle, in denen Griechenland nach der Dublin III-VO zuständig ist und ein Übernahmeersuchen an Griechenland gerichtet wurde.

Übernahmeersuchen an Griechenland Jahr 2020	
Herkunftsländer gesamt:	6.737
<i>darunter:</i>	
Syrien, Arabische Republik	2.046
Afghanistan	1.551
Türkei	956
Irak	909
Ungeklärt	318
Iran, Islamische Republik	287
Somalia	102
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	81
Pakistan	76
Kamerun	57

Übernahmeersuchen an Griechenland 1. Quartal 2021	
Herkunftsländer gesamt:	2.118
<i>darunter:</i>	
Syrien, Arabische Republik	841
Afghanistan	645
Irak	209
Ungeklärt	95
Türkei	73
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	55
Iran, Islamische Republik	43
Somalia	32
Pakistan	23
Marokko	16

Hinzu kommen Verfahren, in denen Griechenland zuständig wäre, das BAMF jedoch das Selbsteintrittsrecht (SER) ausgeübt hat:

SER nach Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
Jahr 2020	
Herkunftsländer gesamt	398
<i>darunter:</i>	
Türkei	116
Afghanistan	99
Syrien, Arabische Republik	98
Irak	42
Iran, Islamische Republik	13
Somalia	7
Armenien	5
Kamerun	5
Kongo, Demokratische Republik	4
Nigeria	4

SER nach Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
1. Quartal 2021	
Herkunftsländer gesamt	52
<i>darunter:</i>	
Afghanistan	27
Syrien, Arabische Republik	14
Türkei	9
Eritrea	1
Somalia	1

- a) Wie viele schriftliche einzelfallbezogene Zusicherungen der griechischen Behörden in Bezug auf eine Aufnahme und ein Asylverfahren nach dem EU-Recht wurden 2020 bzw. 2021 für wie viele Personen ausgesprochen?

Grundsätzlich erfolgt eine entsprechende Zusicherung mit der Zustimmung. Im Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 erhielt das BAMF für 79 Personen eine Zusicherung i. S. d. Fragestellung. Im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 31. März 2021 erhielt das BAMF für keine Person eine Zusicherung i. S. d. Fragestellung.

- b) Welche aktuellen Erkenntnisse hat das BAMF über den Verbleib, die Unterbringung und das weitere Asylverfahren der nach Griechenland bislang Zurücküberstellten (bitte ausführen)?

Dem BAMF liegen derzeit keine Erkenntnisse über den Verbleib, die Unterbringung und das weitere Asylverfahren der nach Griechenland bislang Zurücküberstellten vor.

23. Wie ist die Dauer von Dublin-Verfahren im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021, und wie lange war die Verfahrensdauer in Fällen, in denen nach der Feststellung, dass ein anderer EU-Staat für die Asylprüfung zuständig sei, dann doch ein Prüfverfahren in nationaler Zuständigkeit durchgeführt wurde, um wie viele Fälle handelt es sich hierbei, werden diese Verfahrensdauern bei der Ermittlung der durchschnittlichen Asylverfahrensdauer berücksichtigt (wenn nein, warum nicht?), und wie ist das inhaltliche Ergebnis der Prüfverfahren in diesen Fällen (bitte jeweils nach den wichtigsten Herkunftsländern differenziert darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten	
Jahr 2020	2,0
1. Quartal 2021	1,8

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer seit Asylantragstellung bei Übergang ins nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren		
	Dauer in Monaten	Anzahl Entscheidungen
Jahr 2020	21,4	13.897
<i>darunter:</i>		
Nigeria	19,8	2.233
Iran, Islamische Republik	20,9	1.521
Irak	21,5	1.345
Afghanistan	20,7	1.198
Russische Föderation	23,7	875
Syrien, Arabische Republik	21,7	543
Guinea	24,8	511
Türkei	17,8	417
Eritrea	25,5	412
Somalia	25,1	379

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer seit Asylantragstellung bei Übergang ins nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren		
	Dauer in Monaten	Anzahl Entscheidungen
1. Quartal 2021	21,8	3.420
<i>darunter:</i>		
Nigeria	23,1	529
Irak	22,4	338
Iran, Islamische Republik	22,5	302
Afghanistan	19,8	271
Russische Föderation	21,4	255
Syrien, Arabische Republik	18,4	217
Guinea	24,7	111

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer seit Asylantragstellung bei Übergang ins nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren		
	Dauer in Monaten	Anzahl Entscheidungen
1. Quartal 2021	21,8	3.420
<i>darunter:</i>		
Gambia	25,7	92
Türkei	17,8	87
Aserbaidschan	25,0	86

Die oben genannten Dauern fließen vollumfänglich in die Berechnung der durchschnittlichen Verfahrensdauern mit ein.

Jahr 2020	Anerken- nung	Flücht- lings- schutz gem. § 3 I AsylG	Subsi- diärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungs- verbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ab- lehnung	sonst. Verfah- renserledi- gungen	Entschei- dungen gesamt
Gesamt:	49	898	836	830	7.897	3.387	13.897
<i>darunter:</i>							
Nigeria	0	38	7	57	1.406	725	2.233
Iran, Islamische Republik	12	265	40	21	1.001	182	1.521
Irak	1	65	27	92	711	449	1.345
Afghanistan	4	99	16	337	334	408	1.198
Russische Föderation	5	4	18	5	592	251	875
Syrien, Arabische Repub- lik	0	42	424	20	0	57	543
Guinea	0	29	15	9	369	89	511
Türkei	22	134	1	1	235	24	417
Eritrea	0	20	169	95	91	37	412
Somalia	2	54	16	53	106	148	379

1. Quartal 2021	Anerken- nung	Flücht- lings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsi- diärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungs- verbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nung	sonst. Verfah- renserledi- gungen	Entschei- dungen gesamt
Gesamt:	4	141	257	212	2.046	760	3.420
<i>darunter:</i>							
Nigeria	0	8	1	13	406	101	529
Irak	0	7	9	26	182	114	338
Iran, Islamische Republik	1	47	3	1	216	34	302
Afghanistan	0	10	7	93	79	82	271
Russische Föderation	1	8	1	4	162	79	255
Syrien, Arabische Repub- lik	0	12	190	8	1	6	217
Guinea	1	3	4	4	78	21	111
Gambia	0	1	0	3	67	21	92
Türkei	0	14	0	1	65	7	87
Aserbaidschan	0	1	6	2	73	4	86

24. Wie viele Übernahmersuchen der griechischen Behörden an Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführungsregelungen nach der Dublin-Verordnung gab es im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021?

Wie vielen Ersuchen wurde stattgegeben bzw. wurden mit welchen Gründen abgelehnt, und wie viele Überstellungen von Griechenland nach Deutschland gab es in diesen Zeiträumen (bitte tabellarisch wie in der Antwort zu Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 19/14079 darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Ersuchen von Griechenland	Jahr 2020	1. Quartal 2021
gesamt:	1.289	242
davon familiäre Gründe:		
Art. 8 Abs. 1 Dublin III	304	64
Art. 8 Abs. 2 Dublin III	19	3
Art. 9 Dublin III	373	24
Art. 10 Dublin III	170	43
Art. 11 Dublin III	6	0
Art. 16 Abs. 1 Dublin III	10	0
Art. 16 Abs. 2 Dublin III	2	0
Art. 17 Abs. 2 Unterabs. 1 Dublin III	301	93

Zustimmungen des BAMF an Griechenland	Jahr 2020	1. Quartal 2021
gesamt	631	117
davon familiäre Gründe:		
Art. 8 I Dublin III	213	30
Art. 8 II Dublin III	44	9
Art. 8 III Dublin III	2	0
Art. 9 Dublin III	143	18
Art. 10 Dublin III	88	21
Art. 16 I Dublin III	5	0
Art. 17 II Dublin III	128	38

Ablehnungen des BAMF an Griechenland	2020	1. Quartal 2021
gesamt	1.036	135
davon familiäre Gründe:		
Art. 8 I Dublin III	100	13
Art. 8 II Dublin III	65	9
Art. 8 IV Dublin III	3	2
Art. 9 Dublin III	265	9
Art. 10 Dublin III	120	12
Art. 11 a) Dublin III	1	0
Art. 16 I Dublin III	23	0
Art. 17 II Dublin III	329	54

Erfolgte Überstellungen aus Griechenland an Deutschland	2020	1. Quartal 2021
gesamt	423	2
davon aus familiären Gründen:		
Art. 8 I Dublin III	130	0
Art. 8 II Dublin III	35	0
Art. 8 III Dublin III	2	0
Art. 9 Dublin III	105	0
Art. 10 Dublin III	59	0
Art. 16 I Dublin III	7	0
Art. 17 II Dublin III	76	2

25. Wie viele Remonstrationen (Wiedervorlagen) durch Griechenland nach einer Ablehnung durch das BAMF mit welchem Ergebnis gab es im Jahr 2020 bzw. im ersten Quartal 2021 (bitte nach Monaten auflisten) in Bezug auf Überstellungen nach Deutschland, insbesondere im Rahmen der Familienzusammenführung nach der Dublin-Verordnung?

Wie erklärt die Bundesregierung, dass die griechischen Behörden im ersten Halbjahr 2020 gegen mehr als die Hälfte aller Ablehnungen des BAMF bei Übernahmeersuchen aus Griechenland Remonstrationen einlegten (540 Beschwerden bei 974 Ablehnungen, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22405) und damit im Ergebnis fast jede zweite Zustimmung des BAMF zur Übernahme erst nach einer (erfolgreichen) Beschwerde der griechischen Behörden erfolgte (185 von 388 Zustimmungen, vgl. ebd.) – spricht dies nach Auffassung der Bundesregierung z. B. für eine (zu) strenge Prüfpraxis des BAMF (bitte begründen)?

Die Angaben zu Remonstrationen von Griechenland an Deutschland können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Remonstrationen von Griechenland	
Jahr 2020	743
<i>davon:</i>	
Jan 2020	92
Feb 2020	128
Mrz 2020	140
Apr 2020	106
Mai 2020	44
Jun 2020	56
Jul 2020	30
Aug 2020	32
Sep 2020	31
Okt 2020	22
Nov 2020	43
Dez 2020	19

Remonstrationen von Griechenland	
Jan – Mrz 2021	69
<i>davon:</i>	
Jan 2021	26
Feb 2021	26
Mrz 2021	17

Remonstrationen von Griechenland	Jahr 2020
gesamt	743
davon familiäre Gründe:	
Art. 8 Abs. 1 Dublin III	91
Art. 8 Abs. 2 Dublin III	24
Art. 9 Dublin III	72
Art. 10 Dublin III	431
Art. 16 Abs. 1 Dublin III	10
Art. 17 Abs. 2 Unterabs. 1 Dublin III	112

Remonstrationen von Griechenland	Jan – Mrz 2021
gesamt	69
davon familiäre Gründe:	
Art. 8 Abs. 1 Dublin III	7
Art. 8 Abs. 2 Dublin III	5
Art. 9 Dublin III	6
Art. 10 Dublin III	27
Art. 17 Abs. 2 Unterabs. 1 Dublin III	24

Antworten des BAMF auf Remonstrationen von Griechenland		
Jahr 2020	Ablehnungen	Zustimmungen
gesamt	434	328
<i>darunter</i>		
familiäre Gründe:		
Art. 8 I Dublin III	51	128
Art. 8 II Dublin III	39	25
Art. 8 III Dublin III	0	1
Art. 9 Dublin III	98	71
Art. 10 Dublin III	60	43
Art. 16 I Dublin III	18	4
Art. 17 II Dublin III	150	55

Antworten des BAMF auf Remonstrationen von Griechenland		
Jan – Mrz 2021	Ablehnungen	Zustimmungen
gesamt	38	52
<i>darunter</i>		
familiäre Gründe:		
Art. 8 I Dublin III	1	9
Art. 8 II Dublin III	3	5
Art. 8 IV Dublin III	2	0
Art. 9 Dublin III	3	8
Art. 10 Dublin III	4	6
Art. 17 II Dublin III	21	24

Die Vorgaben der Dublin III-VO sind bindend und die Einhaltung durch das BAMF gerichtlich überprüfbar. Legt der betreffende Mitgliedstaat die erforderlichen Nachweise, z. B. zur Identität, für eine Familienzugehörigkeit, eine etwaige Abhängigkeit der Beteiligten oder auch zum Vorliegen eines besonderen humanitären Härtefalles nicht vor, oder bestehen Zweifel daran, dass eine Familienzusammenführung dem Wohl des Kindes dient, erteilt das BAMF zunächst eine Ablehnung.

Werden die erforderlichen Nachweise sodann nachträglich im Rahmen einer Remonstrationsverfahren innerhalb der hierfür in der Durchführungs-Verordnung zur Dublin III-VO vorgegebenen Frist vorgelegt, so ist im jeweiligen Remonstrationsverfahren eine Zustimmung zu erteilen.

26. Welche genaueren Vorgaben gibt es im BAMF dazu, wann von einer besonderen, außergewöhnlichen Härte bei Überstellungen auszugehen ist, sodass vom Selbsteintrittsrecht oder von humanitären Ermessensspielräumen, die die Dublin-Verordnung bietet (vgl. z. B. Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung), Gebrauch gemacht werden kann oder soll (Nachfrage zur Antwort zu Frage 22 auf Bundestagsdrucksache 19/22405, bitte nachvollziehbar ausführen)?

Die Ausübung des Selbsteintrittsrechts stellt nach Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung eine Einzelfallentscheidung aus humanitären Gründen, die sich insbesondere aus dem familiären oder kulturellen Kontext ergeben, um Personen jeder verwandtschaftlichen Beziehung zusammenzuführen. Grundlage der Entscheidung können nach der Praxis des BAMF die vorgetragene bzw. eingereichten Härtefallgründe, aber auch Hinweise, Indizien und Beweise im Hinblick auf Überstellungshindernisse sein. Humanitäre Gründe können sich dabei insbesondere aus dem familiären oder kulturellen Kontext ergeben. Die Entscheidung hängt von der individuellen Situation der einzelnen Personen ab.

27. Hat es inzwischen eine Überstellung nach Ungarn gegeben, nachdem dies seit Mai 2017 nicht mehr der Fall war (vgl. Antwort zu Frage 21a auf Bundestagsdrucksache 19/8340), und liegen inzwischen einzelfallbezogene Zusicherungen Ungarns über eine EU-rechtskonforme Behandlung überstellter Asylsuchender vor (bitte ausführen)?

Im Jahr 2020 fand keine Überstellung, im Zeitraum Januar bis April 2021 eine Überstellung nach Ungarn statt. Eine Zusicherung über die EU-rechtskonforme Behandlung lag vor.

28. Liegen inzwischen Bewertungen der Juristischen Dienstes der EU-Kommission und des Rates zu der Frage einer Unterbrechung der Überstellungsfrist nach Artikel 27 Absatz 4 der Dublin-VO vor (Nachfrage zur Antwort zu Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 19/22405), und wenn ja, was beinhalten diese im Kern (bitte darlegen)?

Nein.

29. Wie viele Asylsuchende gibt es aktuell, bei denen die Überstellungsfrist abgelaufen ist, und bei wie vielen von diesen ist der Ablauf der Frist Folge der coronabedingten Aussetzung der Überstellungen (bitte auch nach den wichtigsten Herkunfts- und Mitgliedstaaten differenzieren)?

Mit Stand 20. Mai 2021 war für den Zeitraum von Januar 2020 bis Mai 2021 bei 30.497 Personen, die aus Deutschland in einen anderen Mitgliedstaat überstellt werden sollten, die Überstellungsfrist abgelaufen. In 9.329 Fällen ist der Ablauf der Frist auf die coronabedingte Aussetzung der Überstellungen zurückzuführen.

Die jeweils 15 wichtigsten Mitgliedstaaten bzw. Herkunftsländer können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Mitgliedstaat	Gesamtergebnis
Italien	3.636
Frankreich	1.236
Schweden	641
Spanien	520
Polen	496

Mitgliedstaat	Gesamtergebnis
Niederlande	370
Österreich	352
Schweiz	239
Rumänien	217
Litauen	198
Kroatien	194
Belgien	176
Dänemark	147
Tschechien	124
Bulgarien	118
Sonstige	665
Gesamtergebnis	9.329

Herkunftsstaat	Gesamtergebnis
Nigeria	1.380
Irak	808
Afghanistan	733
Russische Föderation	657
Iran, Islamische Republik	535
Gambia	369
Guinea	330
Pakistan	284
Syrien, Arabische Republik	242
Algerien	236
Somalia	219
Eritrea	177
Türkei	166
Albanien	161
Ungeklärt	154
Sonstige	2.878
Gesamtergebnis	9.329

30. In welche Mitgliedstaaten sind Überstellungen coronabedingt derzeit nicht möglich, bzw. welche diesbezüglichen besonderen Auflagen oder Bedingungen gibt es (bitte nach Mitgliedstaaten auflisten), welche Auflagen oder Bedingungen in Bezug auf welche Mitgliedstaaten oder -welche allgemeinen coronabedingten Regelungen gibt es umgekehrt von deutscher Seite aus (bitte so ausführlich wie möglich darlegen, etwa welche Hygiene- und Abstandsregelungen gelten, welche Art Tests in welchen Zeiträumen gefordert werden usw.)?

Derzeit besteht coronabedingt kein Überstellungsverkehr mit den Mitgliedstaaten Bulgarien, Slowenien, Lettland, und nur eingeschränkt mit Kroatien.

Besondere Anforderungen der einzelnen Mitgliedstaaten, unter denen Überstellungen durchgeführt werden dürfen, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Mitgliedstaat	Bedingungen
Belgien	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahme: Kinder unter 12 Jahren), Passagierlokalisierungsformular (48h vor Überstellung), eidesstattliche Versicherung zu Grund der Einreise
Dänemark	Negativer COVID-19-Test

Mitgliedstaat	Bedingungen
Estland	Negativer COVID-19-Test, Info frühere COVID-19-Erkrankung
Finnland	Negativer COVID-19-Test (48h vor Überstellung), Info frühere COVID-19-Erkrankung
Frankreich	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahme: Kinder unter 11 Jahren)
Griechenland	regelmäßig Online-Registrierung
Irland	Negativer COVID-19-Test (72h vor Ankunft)
Italien	Negativer COVID-19-Test (48h vor Überstellung), Flugeinschränkungen
Liechtenstein	Negativer COVID-19-Test
Litauen	Negativer COVID-19-Test, Info frühere COVID-19-Erkrankung
Luxemburg	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahmen: Kinder unter 6 Jahren, früher erkrankte und bereits genesene Personen)
Malta	Negativer COVID-19-Test, 14-tägige Quarantäne vor Überstellung
Niederlande	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahmen: Personen, die an COVID-19 erkrankt waren und vollständig genesen sind und Kinder unter 13 Jahren).
Norwegen	Negativer COVID-19-Test (48h vor Überstellung, Ausnahme: Kinder unter 6 Jahren), Online-Registrierung
Österreich	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahme: Kinder unter 10 Jahren)
Portugal	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung)
Polen	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung)
Rumänien	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung), Flugeinschränkungen
Schweden	Negativer COVID-19-Test (48h vor Ankunft) für Erwachsene
Schweiz	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahme: Kinder unter 12 Jahren)
Slowakei	Negativer COVID-19-Test (72h vor Ankunft, Ausnahme: Kinder unter 10 Jahren), Info frühere COVID-19-Erkrankung
Spanien	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung), Gesundheitsformular
Tschechien	Negativer COVID-19-Test (72h vor Überstellung, Ausnahme: Kinder unter 5 Jahren)

Die Infektionsdynamik in Deutschland und in den meisten europäischen Mitgliedstaaten erfordert weiterhin Vorsichtsmaßnahmen, um einerseits das Funktionieren des Dublin-Verfahrens inklusive des Überstellungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sicherzustellen und andererseits zusätzliche grenzüberschreitende Infektionsketten zu verhindern. Auch müssen die jeweiligen Grenzbehörden und weitere Beteiligte bei den Überstellungen geschützt werden. Deshalb haben die Mitgliedstaaten Überstellungsvorgaben in Bezug auf Testerfordernisse erlassen. Überstellungen im Rahmen des Dublin-Verfahrens von und nach Deutschland finden seit dem 7. Dezember 2020 derzeit im Rahmen der Gegenseitigkeit nur unter der Bedingung eines negativen COVID-19-Tests statt.

31. Wie viele Personen sind aktuell mit Dublin-Verfahren im BAMF befasst bzw. in der Gruppe „Dublin-Verfahren“ tätig (bitte nach genauer Tätigkeit und jeweiliger Stellenzahl auflisten)?

In der Dublin-Gruppe des BAMF sind Personen im Umfang von 353,12 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) beschäftigt (Stand: 1. Mai 2021); hiervon sind 11,8 VZÄ im höheren Dienst, 181,40 VZÄ im gehobenen Dienst und 159,92 VZÄ im mittleren Dienst beschäftigt.

32. In welchem Umfang hat es im Jahr 2020 bzw. im bisherigen Jahr 2021 welche Unterstützung des Bundes bei Überstellungen aus AnKER (Ankunft, Entscheidung, Rückführung)- oder funktionsgleichen Einrichtungen gegeben (bitte insbesondere Zahlen zu Amtshilfeleistungen durch die Bundespolizei bei Überstellungen, differenziert nach Einrichtung und Jahren, nennen)?

Die Angaben im Sinne der Fragestellung für das Kalenderjahr 2020 sind der beigefügten Tabelle zu entnehmen.

BPOL-Direktion	Bundesland	Zeitraum	transportierte Personen	davon vollzogene Ausreisen
Bad Bramstedt	MV (ab 07/2019)	2019	45	36
		2020	21	18
Bad Bramstedt	SH (ab 01/2020)	2020	49	48
Bad Bramstedt	HH (12/2020)	2020	1	1
Hannover	HH (ab 02/2020)	2020	38	36
Koblenz	SL (ab 02/2019)	2019	82	67
		2020	15	15
Pirna	SN (ab 05/2019)	2019	49	26
		2020	22	21
Berlin	BB (ab 08/2019)	2019	118	25
		2020	74	54
Gesamt:		2019	294	154
		2020	220	193

Für den Zeitraum von Januar bis April 2021 liegen folgende Angaben vor.

BPOL-Direktion	Bundesland	transportierte Personen	davon vollzogene Ausreisen
Bad Bramstedt	MV	2	2
Bad Bramstedt	SH	13	13
Bad Bramstedt	HH	1	1
Hannover	HH	21	20
Koblenz	SL	3	3
Pirna	SN	0	0
Berlin	BB	4	4
Gesamt		44	43

33. Wie wird konkret der Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 14. Juli 2020 (Aktenzeichen XIII ZB 81/19) zu unzulässiger Zurückweisungshaft bei Binnengrenzkontrollen bzw. diesbezüglich geänderten Haftanforderungen (Informationsverbund Asyl & Migration – Details) in der Praxis der Bundespolizei umgesetzt, und zu welchen Änderungen des Verfahrens bzw. der Haftbeantragungs- und Anwendungspraxis führte dies (bitte so konkret wie möglich darstellen und entsprechende interne Rundschreiben usw. mit Datum und Inhalt auflisten)?

Nach Veröffentlichung des Beschlusses des Bundesgerichtshofs hat die Bundespolizei ihre Praxis bei der Beantragung von Haft zur Sicherung der Zurückweisung in den für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaat der Europäischen Union dahingehend angepasst, dass Haft zur Sicherung einer Zurückweisung an einer Binnengrenze der Europäischen Union nur beantragt wird, wenn zusätzlich zu den in § 15 Absatz 5 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) genannten Voraussetzungen erhebliche Fluchtgefahr nach Artikel 28 Absatz 2 der Dublin-III-VO i. V. m. § 2 Absatz 14, § 62 Absatz 3a und 3b Nummer 1 bis 5 AufenthG vorliegt.